

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Winfried Baumgart

Zur Theorie  
des Imperialismus

Kurt Jürgensen

Der Nationalitätenkonflikt  
in Kanada

B 23/71

5. Juni 1971

Winfried Baumgart, Dr. phil., Priv.-Doz. für Mittlere und Neuere Geschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; geb. 1938 in Streckenbach (Schlesien); Studium der Anglistik und Geschichte sowie Dolmetsch-Studium (Engl., Frz., Russ.) an den Universitäten Saarbrücken, Genf und Edinburgh.

Veröffentlichungen u. a.: Deutsche Ostpolitik 1918, Wien/München 1966; Bibliographie zum Studium der Neueren Geschichte, Bonn 1969; Brest-Litovsk (= Historische Texte/Neuzeit 6, hrsg. mit K. Reppen), Göttingen 1969; Unternehmen „Schlußstein“, Frankfurt 1970; Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution, Aus den Tagebüchern... von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopman März bis November 1918, Göttingen 1971; Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel — Handbücher — Quellen, Frankfurt 1971; Der Friede von Paris 1856 (im Druck, München/Wien 1971); ferner Aufsätze vornehmlich zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Kurt Jürgensen, Dr. phil., geb. 20. August 1929 in Flensburg, seit 1963 Lehrauftrag mit besonderer Berücksichtigung der Historischen Gegenwartskunde am Historischen Seminar der Universität Kiel, Frühjahr 1966 und 1970 Gastdozent an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ottawa, Kanada.

Veröffentlichungen u. a.: Lamennais und die Gestaltung des belgischen Staates. Der liberale Katholizismus in der Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1963; Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945—1947, Neumünster 1969; mehrere Aufsätze — u. a. in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht und im Europa-Archiv.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Zur Theorie des Imperialismus

Die Literatur über den Imperialismus, seine Erscheinungsformen wie über seine Ursachen, ist Legion<sup>1)</sup>. Eine zureichende umfassende Deutung steht noch aus und wird wohl kaum gefunden werden.

Im folgenden wird unter Imperialismus die außereuropäische Expansion der europäischen Mächte vom Beginn der 1880er Jahre bis zum Ersten Weltkrieg verstanden. Die bisher von der Forschung entwickelten Versuche zur Erklärung dieses Phänomens der europäischen Geschichte sollen in vier Gruppen zusammengefaßt werden: 1. in die ökonomische, 2. die sozialökonomische, 3. die sozialpsychologische und 4. die traditionelle politische Imperialismustheorie. Jedem Abschnitt werden ein paar kritische Bemerkungen beigegeben.

1. Keine der heute noch vertretenen Imperialismustheorien vermag den Einfluß zu leugnen, der von der Kritik des Engländers John A. Hobson ausgegangen ist, wie dieser sie in seinem 1902 erschienen Buch „Imperialism. A Study“<sup>2)</sup> vorgebracht hat. Hobson machte durch sein Werk vor allem die sog. „Unterkonsumtionstheorie“ populär, die er als seine größte geistige Leistung ansah. Im Grunde nur eine andere Version der Marxschen „Mehrwertlehre“, besagt sie, daß der Konsum der Industriegesellschaft mit der steigenden Pro-

duktivität der Arbeit und der dadurch anschwellenden Produktion nicht Schritt halte. Diese Diskrepanz führe zu einer Überproduktion und zu einer Bildung überschüssigen Kapitals, das mit Gewalt nach außen dränge und die entscheidende Triebkraft des Imperialismus darstelle. Indem Hobson bekannte Topoi der älteren englischen Kolonialkritik übernahm, versuchte er nachzuweisen, daß die Expansion nach Übersee nur besonderen Interessengruppen zugute komme, der Nation insgesamt jedoch schade. In seiner Antwort auf die Frage „cui bono?“ erscheinen als die alleinigen Nutznießer des Imperialismus nicht nur wie ehemals Waffenfabrikanten, Schiffsbauer, Angehörige von Flotte und Heer und die Kolonialbürokratie, sondern vor allem der Investor. Er sei der Parasit der Gesellschaft, weil er um höherer Profite willen sein überschüssiges Kapital nicht in England, sondern in Übersee anlege. Diese kleine Gruppe von Finanzkönigen sei es, deren Winken der Politiker letztlich folge.

Kurt Jürgensen

Der Nationalitätenkonflikt in Kanada . . . S. 13

Hobson faßte den also nur partikularen Interessen dienenden Imperialismus nicht als unausweichliche Folge der Probleme der industriellen Produktion auf; er war vielmehr der Meinung, daß die Einkommensverteilung reformiert werden könne, indem man die Kaufkraft der Arbeiterschaft durch höhere Gewinnbeteiligung an der industriellen Produktion hebe. Damit hat Hobson die Alternative So-

<sup>1)</sup> Als letzte knappe Literaturzusammenstellung vgl. die Bibliographie unter dem Artikel „Imperialismus“, verfaßt von Helmut Dan Schmidt und Wolfgang J. Mommsen, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, hrsg. v. Claus D. Kernig, Freiburg/Basel/Wien 1969, Spalte 57—59. Ferner: Imperialismus, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 37. Geschichte), Köln/Berlin 1970, S. 443—459. Für die marxistische Seite vgl. die kritische Bibliographie im Artikel „Imperialismus“ von L. Leont'ev in: Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija, Bd. 5, hrsg. v. E. M. Žukov, Moskau 1964, Sp. 815—817; Artikel „Imperializm v Rossii“ von M. J. Geffer, ebenda, Sp. 822—823.

<sup>2)</sup> London 1902.

Abdruck einer Probevorlesung, gehalten am 21. Dezember 1970 vor der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, versehen mit den wichtigsten Belegen.



zialreform oder Imperialismus klar erkannt und formuliert. Er hat durch den Hinweis auf die Expansionsfähigkeit des Binnenmarktes auch die von Politikern immer wieder zur Rechtfertigung ihrer imperialistischen Politik gebrauchte Argumentation, daß Kolonialerwerb zur Absatzsteigerung und zur Kapitalanlage lebensnotwendig sei, in Frage gestellt.

In dieser Lösung des Problems unterschied sich der Liberale Hobson von den neomarxistischen Imperialismustheoretikern seiner Generation, besonders von Lenin, die gleichwohl in der Analyse der imperialistischen Politik dem englischen Publizisten folgten. In Lenins 1916 in der Schweiz entstandenen Schrift „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“<sup>3)</sup> ist, was sowjetrussische Interpreten heute verschweigen, keiner der wesentlichen Gedanken originell. Lenin betonte wie Hobson und Hilferding<sup>4)</sup> die Rolle, die das Finanzkapital, der Kapitalexport und der Kampf um Rohstoffquellen im Imperialismus innehaben. Wesentlich war ihm die Monopolbildung, die durch die zunehmende Konzentration der Produktion und des Kapitals erfolgt sei. Internationale monopolistische Gruppen teilten die Welt untereinander auf, bis die letzten Regionen unter die Herrschaft der imperialistischen Staaten gelangt seien. An diesem Schlußpunkt entzündeten sich Kriege innerhalb des imperialistischen Lagers zur Neuverteilung der Räume, diese führten zur proletarischen Revolution, zur Entstehung sozialistischer Staaten, das heißt zum Ende des Imperialismus.

In dieser von Rosa Luxemburg<sup>5)</sup> übernommenen „Zusammenbruchstheorie“ unterschied sich, wie angedeutet, Lenin wesentlich von Hobson. Während dieser seine Erkenntnisse dazu verwandte, die Notwendigkeit sozialer Reformen im eigenen Lande vor jedermanns

<sup>3)</sup> Wiederabdruck in: W. I. [Vladimir Il'ič] Lenin, Werke. Bd. 22, Berlin (Ost) 1960, S. 189—309.

<sup>4)</sup> Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital (= Marx-Studien 3), Wien 1910.

<sup>5)</sup> Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.

Augen zu führen, um das Grundübel der „Unterkonsumtion“ auszumerzen und den Imperialismus daher überflüssig zu machen, setzte jener den Imperialismus, das heißt Monopolkapitalismus, mit der letzten unausbleiblichen Stufe im Wachstum der kapitalistischen Gesellschaft gleich. Hobson war ein Arzt, der eine Kur verschrieb; Lenin ein Prophet, der die Katastrophe voraussagte.

Lenins Imperialismus-Interpretation wird heute noch vertreten, nicht nur weil sie zum Dogma erstarrt ist, sondern weil sie eine geradlaufende und scheinbar überzeugende Erklärung für ein schier unentwirrbares Problem anbietet. Solange man sie nicht mühseliger historischer Verifizierung unterzieht, bleibt ihre Überzeugungskraft bestehen. Indem Hobson und Lenin jedoch die unbezweifelbare territoriale Ausbreitung der europäischen Staaten in Übersee mit der ebenso unbezweifelbaren Zunahme des europäischen Kapitalexports in ursächlichen Zusammenhang brachten, vollzogen sie trotzdem einen logischen Salto mortale.

Wie steht es mit den historischen Tatsachen? Nur die wichtigsten seien hier angeführt<sup>6)</sup>. Die hohe Zeit des überseeischen Territorierwerbs ist das Jahrzehnt zwischen 1880 und 1890. Hier liegen die ersten, die chronologischen Schwierigkeiten. Wenn die Haupttriebkraft des Imperialismus der Drang nach Kapitalexport gewesen sein soll, so muß der Kapitalexport in diesen Jahren am kräftigsten erfolgt sein. Doch Lenin setzte den Beginn der Vorherrschaft des Finanzkapitals am

<sup>6)</sup> Vgl. dazu u. a. David Kenneth Fieldhouse, 'Imperialism': An Historical Revision, in: The Economic History Review 14 (1961) S. 187—209. — Ders., The Theory of Capitalist Imperialism (= Problems and Perspectives in History), London 1967, besonders S. 187—194. — Als Kritik an Fieldhouse Überlegungen vgl. Eric Stokes, Late Nineteenth-Century Colonial Expansion and the Attack on the Theory of Economic Imperialism: A Case of Mistaken Identity?, in: The Historical Journal 12 (1969) S. 285—301. Darin wird nicht die Theorie des ökonomischen Imperialismus rehabilitiert, sondern darauf hingewiesen, daß Lenin neben den ökonomischen Wurzeln auch zahlreiche andere Motive für die Entstehung des Imperialismus nennt und anerkennt.



deutschen Beispiel, an dem er sich in erster Linie orientierte, auf ungefähr 1900 an. Nun war in Deutschland zwar der Prozeß der Monopolbildung beim Finanzkapital und in der Industrie tatsächlich weit fortgeschritten, doch läßt sich weder in England noch in Frankreich — von anderen Fällen zu schweigen — eine Herrschaft des Monopolkapitals feststellen.

Ähnlich ergeht es der Theorie, wenn man den vermeintlichen geographischen Zusammenhang zwischen Kapitalexport und Kolonialerwerb untersucht. Die genaue Plazierung der europäischen Überseeinvestitionen, die zur Zeit der Formulierung der Theorie allerdings kaum bekannt war, macht es heute klar, daß eine geographische Korrelation zwischen Kapitalexport und der Bildung neuer Kolonien nicht oder in den allermeisten Fällen nicht bestanden hat. Das englische Auslandskapital<sup>7)</sup> wurde entweder in schon bestehenden Kolonien oder Dominien (wie Kanada, Australien, Indien) oder in unabhängigen Staaten (wie den USA, Argentinien, China) angelegt. Das französische Kapital, das besonders kräftig nach 1890 exportiert wurde, gelangte nach Rußland, in den Balkan und die Iberische Halbinsel. Deutschland schickte nur einen winzigen Bruchteil seines Kapitals in seine Kolonien.

Wir wissen seit kurzem auch sehr genau, daß dies keineswegs auf Initiative der Bank- und Geschäftswelt, sondern unter staatlichem Druck geschah<sup>8)</sup>. Rußland, Italien und Japan — Staaten, die auch nach marxistischer Anschauung imperialistische Politik betrieben haben — waren arme Länder, die Kapital nicht nur nicht

<sup>7)</sup> Eine knappe Auswahl aus der umfangreichen Literatur über die englischen Auslandsinvestitionen bietet Samuel Berrick Saul, *The Myth of the Great Depression, 1873—1896* (= *Studies in Economic History*), London 1969, S. 56—62. Wichtig ferner der mit zahlreichen Belegen versehene Aufsatz von Wolfgang J. Mommsen, *Nationale und ökonomische Faktoren im britischen Imperialismus vor 1914*, in: *Historische Zeitschrift* 206 (1968) S. 618—664.

<sup>8)</sup> Vgl. das in Anm. 9 genannte Buch, dort besonders S. 235—238. — Für die deutschen Investitionen in Rußland vgl. jetzt Joachim Mai, *Das deutsche Kapital in Rußland 1850—1894* (= *Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald* 4), Berlin 1970.

zu exportieren hatten, sondern es im Gegenteil — was bei Rußland am deutlichsten zu beobachten ist — importieren mußten. Selbst in den ganz wenigen Fällen, wo bei oberflächlicher Betrachtung der postulierte Zusammenhang offensichtlich zu sein scheint, liegen in Wirklichkeit andere Gründe für den Territorialerwerb vor. Der ägyptische Khedive wurde von England weniger zur Garantie der Aktienbeteiligung an der Suezkanal-Gesellschaft als vielmehr aus dem politisch-strategischen Motiv der Sicherung der Verbindung nach Indien gestützt. Tunesien wurde von Frankreich in Besitz genommen, um die Sicherheit Algeriens zu erhöhen und vor allem um der Übernahme durch Italien zuvorzukommen. Die Vulkan- und Koralleninseln der Südsee (die Fidjinseln usw.) wurden besetzt, nicht weil durch Ausstreuen von Kapital die Bäume, das heißt die Kokospalmen in diesen Treibhäusern in den Himmel zu wachsen versprochen, sondern weil die Anarchie unter den Eingeborenen nur die Alternative zwischen Abzug und Annexion übrigließ.

2. Mit wesentlich differenzierterem theoretischen Rüstzeug und mit dem Anspruch, Theorie und historische Wirklichkeit endlich zur Deckung gebracht, gleichsam das „Missing link“ in der Kette der bisherigen Theorien gefunden zu haben, ist jüngst von dem Berliner Politologen Hans-Ulrich Wehler unter massivem Einsatz moderner Kommunikationsmittel die These vom Sozialimperialismus aufgestellt worden<sup>9)</sup>. Wehler analysiert in erster Linie den deutschen Imperialismus unter Bismarck, beansprucht jedoch die Geltung seiner „kritischen Theorie“, wie er sie nennt, auch für die nichtdeutschen Erscheinungsformen des

<sup>9)</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln/Berlin 1969, 1970<sup>2</sup>. Eine ausführliche Stellungnahme meinerseits zu diesem ‚politischen‘ Buch bringen die Militärgeschichtlichen Mitteilungen Jg. 1971, Heft 2. Als eine der jüngsten Stellungnahmen vgl. George W. F. Hallgarten, *War Bismarck ein Imperialist? Die Außenpolitik des Reichsgründers im Licht der Gegenwart*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 22 (1971), S. 257—265.



okzidentalens Imperialismus. Nach Wehler übt der deutsche Imperialismus unter Bismarck im wesentlichen drei Funktionen aus:

a) In wirtschaftspolitischer Hinsicht sei er Bestandteil der staatlich geförderten Außenhandelspolitik und zugleich einer Konjunkturpolitik gewesen, mit deren Hilfe der heranwachsende Interventionsstaat dem expansiven System des Hochkapitalismus Wachstumsstörungen und Absatzschwierigkeiten zu ersparen strebte. Bismarck habe dabei unter der Einsicht in die Gewalt von Sachzwängen — Sachzwängen einer ständig expandierenden Wirtschaft — gehandelt.

b) Auf dem Gebiet der Innenpolitik habe der Imperialismus als Integrationsmittel in einem „klassenzerrissenen Nationalstaat“ gedient. Der 1883/85 hochschäumende Kolonialenthusiasmus in Deutschland sei, wie etwa auch der Antisemitismus oder die Anglophobie jener Jahre, eine Form des Eskapismus gewesen, also der Versuch, aus der „Versumpfung“ — ein zeitgenössisches Schlagwort — und der Misere des deutschen Lebens herauszukommen. Bismarck sei 1884 auf der Welle des „Kolonialrausches“ geschwommen, um die Reichstagswahlen des Jahres — ähnlich wie 1879 mit dem „Roten Gespenst“ — zu „manipulieren“.

c) Gesellschaftspolitisch habe Bismarck diesen Sozialimperialismus zur Verteidigung der traditionellen Sozial- und Machtstruktur des preußisch-deutschen Staates eingesetzt, zur Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo, zur „Blockierung“ des Emanzipations- und Demokratisierungsprozesses in der industriellen Gesellschaft Deutschlands.

Die Kritik hat an verschiedenen Stellen anzusetzen. Ich will nur drei Punkte herausgreifen. Was zunächst den Wert von Wehlers „kritischer Theorie“ betrifft, so ist er vorab in einem der von ihm aufgestellten Kriterien äußerst zweifelhaft. Es ist methodisch unzulässig, Bismarcks Sozialimperialismus — selbst unter der Voraussetzung, daß man ihn als adäquate Erklärung für die deutschen Verhältnisse akzep-

tiert — gleichsam zu internationalisieren, indem man anhand einiger Zitatfetzen den englischen, französischen und amerikanischen Imperialismus — vom russischen, japanischen, belgischen, italienischen usw. ganz zu schweigen — als Ausprägungen eines und desselben Phänomens ansieht<sup>10)</sup>. Der Beweis dieser Behauptung setzt jeweils eine eingehende Analyse voraus, die Wehler nicht geliefert hat. Die bisherigen Ergebnisse der umfangreichen internationalen Imperialismusforschung lassen eine Übertragung des Begriffs des deutschen Imperialismus in Form des Sozialimperialismus auf andere Länder nicht oder doch nicht ohne weiteres zu.

Von zentraler Bedeutung für Wehlers These ist sein Imperialismusbegriff. Er ist einerseits zu weit gefaßt und läßt sich daher fast beliebig aufblähen, andererseits ist er zu eng und einseitig. Wehler definiert Imperialismus als „diejenige direkte-formelle und indirekte-informelle Herrschaft [...], welche die okzidentalens Industriestaaten unter dem Druck der Industrialisierung mit ihren spezifischen ökonomischen, sozialen und politischen Problemen und dank ihrer vielseitigen Überlegenheit über die weniger entwickelten Regionen der Erde ausgebreitet haben“<sup>11)</sup>. Es erscheint mir jedoch gefährlich, den von der englischen Imperialismusforschung an der einzigartigen Erscheinung des mittelviktorianischen Empire entwickelten, heute noch umstrittenen Begriff des „informal empire“<sup>12)</sup> auf nichtenglische Verhältnisse zu übertragen. Der Verflüchtigung des Begriffsinhalts wäre dann Tür und Tor geöffnet, und als Imperialismus wäre jede

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 26, 116—120.

<sup>11)</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>12)</sup> Dazu vgl. vor allem John Gallagher/Ronald Robinson, *The Imperialism of Free Trade*, in: *The Economic History Review* 6 (1953) S. 1—15. — Ronald Robinson/John Gallagher/Alice Denny, *Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism*, London 1961. — Die Hauptthese ihres Buches ist, daß die englische Regierung nicht von Wirtschaftskreisen des Mutterlandes zur Eroberung Ägyptens getrieben worden sei, sondern durch die chaotischen innerpolitischen Verhältnisse des Khedivats, die ein Eingreifen gebieterisch erscheinen ließen, wenn man nicht die Verbindung nach Indien gefährden wollte.



Art wirtschaftlicher Expansion eines Industriestaates zu bezeichnen, nicht nur im 19., sondern auch im gesamten bisherigen Verlauf des 20. Jahrhunderts.

Einseitig und problematisch erscheint mir schließlich auch Wehlers Bewertung der wirtschaftlichen Trendperiode von 1873 bis 1896 zu sein. Wehler orientiert sich zu eng an dem Vokabular der zeitgenössischen Quellen und der ihr folgenden Forschung. Der von England herrührende, auf die genannte Trendperiode angewandte Begriff der „Großen Depression“ vermittelt heute jedoch ein unhistorisch einfarbiges Bild, weil er unverwischbar von dem durch und durch schwarzen Bild der Weltwirtschaftskrise von 1929 gefärbt erscheint. Wehler selbst zieht letztere — vor allem als methodologische Rechtfertigung für den Ausgangspunkt seiner „kritischen Theorie“ — für sein Vorgehen auch direkt heran<sup>13)</sup>. Doch für die Ausbildung des Imperialismusbegriffs wichtiger als die Feststellung der Gemeinsamkeiten beider Phänomene ist die Betonung ihrer Unterschiede. So hat Wehler es vermieden, von seinem Vorbild Hans Rosenberg die grundlegende Einsicht zu übernehmen, daß die Wirtschaftskrise nach 1873 in erster Linie eine Krise der reichen und nicht — wie auch 1929 ff. mit der Massenarbeitslosigkeit — der armen Leute gewesen ist; daß sich nicht nur die Nominal-, sondern auch die Reallöhne der Arbeiter kontinuierlich verbessert haben<sup>14)</sup>; daß sich mithin die zunehmende Unruhe unter den Arbeitern nicht aus ihrer ökonomischen Verschlechterung, sondern aus einer materiellen Verbesserung ableiten läßt — eine Erscheinung, die uns in unserer heutigen Zeit psychologisch ohne weiteres verständlich ist. Aus dem gleichen Grunde scheint mir auch die Verwendung von Begriffen wie *Wachstumsstörungen*, *Schockwirkungen*, *Trauma* usw. geeignet,

den Gesamteindruck — wieder im Gegensatz zu 1929 — zu verfälschen. Ursache und Wirkung werden nur zu leicht ins Gegenteil verkehrt. Denn die eigentliche *Störung* war die Konjunkturüberhitzung vor 1873, die sog. Krise *danach* war, aufs ganze gesehen, gar kein Abknicken, sondern ein Abflachen der Konjunkturkurve. Es ist daher von diesem Standpunkt aus gerechtfertigt, die wirtschaftliche „Krise“ als Selbstreinigung und Selbstgesundung eines überstürzt angelautenen Prozesses zu sehen. Die „Große Depression“ erweist sich somit als ein Mythos, denn an der langfristigen Aufwärtsbewegung des Gesamtumfangs der damaligen Industrieproduktion besteht heute kein Zweifel mehr. In dieser Sicht erscheint der ganze Komplex des „Sozialimperialismus“ in einem anderen Lichte; er reicht für eine Erklärung des Kolonialrausches in Deutschland 1883/85 nicht aus.

Die dritte, sozialpsychologische Theorie des Imperialismus ist eigentlich keine streng logisch aufgebaute, klar umgrenzte Gedankenkonstruktion, sondern ein umfangreicher Motivkomplex, den es aus den Tiefen der National- und Sozialpsychologie oder, um einen allgemeineren Begriff zu nehmen, aus dem Zeitgeist herauszuheben gilt.

Joseph Schumpeter hat Imperialismus als Ausdruck einer kriegerischen Sozialstruktur aufgefaßt, die mit dem Wesen des Kapitalismus, der an sich friedlich sei, nichts notwendig gemein habe. Imperialismus sieht er überall dort in der Geschichte verwirklicht, wo in einem Gemeinwesen die Kriegerkaste dominiere und ihre Daseinsberechtigung in ständigem Kampf gegen äußere Gewalten erblicke. Als die klassischen Beispiele eines derart verstandenen Imperialismus zieht er die Expansionsbewegungen der ägyptischen, assyrischen, persischen, arabisch-mohammedanischen Kriegergesellschaften und in der abendländischen Welt besonders den absolutistischen Fürstentum heran. Der moderne Imperialismus sei ein Restbestand solcher vergangenen Zeiten — ein Atavismus, der in die Gegenwart handlungsbestimmend hineinwirke. Schumpeter

<sup>13)</sup> Wehler, Bismarck, S. 32, Anm. 23.

<sup>14)</sup> Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 24), Berlin 1967, S. 42, 43, 47, 50, 54, 87.



glaubt — ich zitiere aus seiner 1919 erschienenen Schrift „Zur Soziologie der Imperialismen“<sup>15)</sup> —, „daß die in dieser Lage ferner Vergangenheit erworbenen psychischen Dispositionen und sozialen Strukturen, einmal da und festgeworden, sich lange noch erhalten und fortwirken, nachdem sie ihren Sinn und ihre Funktion der Lebenserhaltung verloren haben“. Wie Kriege in bestimmten Epochen der Geschichte des Kriegführens halber vom Zaun gebrochen worden seien, so werde imperialistische Expansion des Expandierens halber betrieben. Den Imperialismus definiert Schumpeter deshalb als „die objektlose Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion ohne angebbare Grenze“.

Abgesehen von den zahlreichen Schwierigkeiten, die sich bieten, wenn man an eine empirische Nachprüfung dieser Theorie geht, hat sie immerhin den Wert, daß sie grundsätzlich auf das Irrationale in dem Vorgang der europäischen Übersee-Expansion hinweist. Es ist methodisch gewiß nicht leicht, die kaum wägbaren psychologischen Ingredienzen des Imperialismus zu analysieren und vor allem ihren Einfluß auf die handelnden Staatsmänner herauszuschälen. Doch die Bedeutung folgender Thesen dürfte im allgemeinen nicht zu bestreiten sein.

Das Motiv, das in jeder Nation die imperialistische Politik direkt oder indirekt ausgelöst hat, ist „eine jeweils besondere nationale Lage“ (Th. Schieder). Das Jahr 1870/71 bildet in diesem Zusammenhang eine Zäsur. Brunshwig hat vor zehn Jahren nachzuweisen versucht, daß Frankreich durch die Niederlage gegenüber Deutschland zu forcierter überseeischer Expansion getrieben worden sei<sup>16)</sup>. Das Bedürfnis nach nationaler Rehabilitierung habe sich darin zunächst weitgehend befrie-

<sup>15)</sup> In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46 (1919) S. 1—39, 275—310. Wiederabdruck in: Joseph A. Schumpeter, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 72—146. Die beiden folgenden Zitate ebenda, S. 74, 119.

<sup>16)</sup> Henri Brunshwig, Mythes et réalités de l'imperialisme colonial français 1871—1914, Paris 1960, S. 19—28, 53, 82.

digt. In den Äußerungen prominenter Sprecher der Nation würden stets dieselben Themen angeschlagen: Rehabilitierung des besiegten Frankreich, Übernahme einer zivilisatorischen Mission, Ausweitung des Handels, koloniale Expansion. Das in den Jahrzehnten nach 1870/1871 vorherrschende imperialistische ‚Klima‘ sei von den geographischen Gesellschaften, nicht von Industrie- und Handelskreisen vorbereitet worden. Ihnen falle in der Entstehung imperialistischer Gesinnung und der Organisierung einer Kolonialbewegung im Volke eine wichtige Rolle zu. Namen wie Jules Ferry und Eugène Etienne<sup>17)</sup> genügen für den Hinweis, daß solche imperialistischen Auffassungen an den Schalthebeln der Politik dann unmittelbar wirksam wurden.

Ähnliche Überlegungen ließen sich für England und Deutschland, aber auch für Italien anstellen.

Imperialistische Politik setzt also eine imperialistische Gesinnung voraus, „ein Denken, das die Ausdehnung über die Welt für notwendig und wünschenswert hält und in ihr einen schicksalhaften Auftrag der Europäer sieht“<sup>18)</sup>.

Ein unübersehbares Element in diesem Bewußtsein ist der Sozialdarwinismus. Er war

<sup>17)</sup> Über ihn vgl. jetzt die Studie aus der Schule Rudolf von Albertinis von Herward Sieberg, Eugène Etienne und die französische Kolonialpolitik (1887 bis 1904) (= Beiträge zur Kolonial- und Übersee-geschichte 4), Köln/Opladen 1968.

<sup>18)</sup> Theodor Schieder in: Handbuch der europäischen Geschichte. Hrsg. v. Theodor Schieder, Bd. 6. Stuttgart 1968, S. 85. — Schieders Beitrag über den Imperialismus (S. 78—109) ist eine der besten zusammenfassenden Darstellungen jüngerer Datums. Echter Tradition historischer Wissenschaft verpflichtet, abhold jeder Vereinseitigung in der Suche nach den Ursachen des Imperialismus, steht er in auffallendem Gegensatz zu der militanten Einseitigkeit seines Schülers (!) Wehler. Wehlers Buch ist ein markantes Beispiel, wie politisierte Geschichte betrieben wird, d. h. eine Wissenschaft, die nur dienende Funktion hat, als Vehikel zur Verwirklichung ganz bestimmter gesellschaftlicher Vorstellungen benutzt wird. — Vgl. auch Schieders Beitrag: Imperialismus in alter und neuer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/60 (25. Mai 1960). Als Zusammenfassung neueren Datums vgl. auch Wolfgang J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus (= Fischer Weltgeschichte 28), Frankfurt/M 1969.



eine Popularphilosophie von heute schwer faßbarem Einfluß. Ihn gilt es einmal im politischen Entscheidungsprozeß umfassend nachzuweisen<sup>18a)</sup>. Nicht nur ganze Wissenschaftszweige gerieten in seinen Sog (wie die Soziologie); der Machtkampf der Gruppen (ich erinnere an Schlagworte wie „Kampf ums Dasein“, „Überleben des Stärkeren“) wurde allgemein als ein Grundgesetz der Menschheitsgeschichte angesehen. Seine Verbindung zum Imperialismus ist sofort einsichtig: Er rechtfertigte die rücksichtslose Behandlung der „niedereren Rassen“ und die Nichtachtung oder Zerstörung der in den Kolonien vorgefundenen andersartigen Kultur- und Sozialformen. Daß er nicht ohne Einfluß auf den handelnden Politiker (besonders in England) war, zeigt das Beispiel Salisburys, der von den „dying nations“ sprach; zeigt schließlich die Generation Wilhelms II., Theodore Roosevelts, Crispis, Leopolds II.

Selbstverständlich wurde der Sozialdarwinismus auch als herrschend in den Beziehungen der europäischen Völker untereinander anerkannt und erklärt daher zu einem guten Teil die Übersteigerung des Nationalismus und des Prestigebedürfnisses der einzelnen Kolonialmächte. (Man denke nur an den Sport oder, wenn man will, den Kult des Flaggenhissens — damals auf irgendeinem Südsee-Atoll oder in einer Wüsten-Oase, heute in einem Mondkrater.) Schließlich gehören in diesen Zusammenhang auch Urtriebe des Menschen wie Forschergeist, Eroberungsdrang und Abenteuerlust der Kolonialpioniere — Phänomene, die unabdingbare Voraussetzungen für den okzidentalen Imperialismus gewesen sind, mit Monopolkapitalismus oder „Sozialimperialismus“ aber kaum etwas zu tun haben. Nur mit den mächtigen Geistesströmungen der Zeit läßt sich der Einfluß des größtenwahnwitzigen Carl Peters auf die öffentliche

Meinung in Deutschland, lassen sich das hierophantische Gebaren um den Leichnam eines David Livingstone, das Zittern fast einer ganzen Nation um den totgeglaubten Emin Pascha und die schrillen Töne der „gelben Presse“ nach der Tragödie Gordons vor Khartum hinreichend erklären.

Die Eroberung der meisten nach 1880 noch bestehenden weißen Flecken auf der Erde bis hin zum Südpolargebiet ist nicht ohne national- und sozialpsychologische Faktoren wie Kompensationsbedürfnis, Prestigeverlangen, Rivalität und elementaren Forscherdrang auszudeuten.

Der Faktor der Rivalität führt uns zu unserem vierten und letzten Erklärungsversuch des Imperialismus, dem politisch-historischen. Er ergibt sich aus der unverkennbaren Kontinuität der europäischen Kolonialgeschichte vom 16. bis zum 20. Jahrhundert<sup>19)</sup>. Vertreter der ökonomischen und sozialökonomischen Imperialismustheorie sehen im klassischen Imperialismus eine qualitativ neuartige Erscheinung, die scharf von der vorimperialistischen Zeit zu trennen sei. In ihrer Argumentation können sie sich stets auf ihre industrialisierungsbezogene Begriffsbestimmung zurückziehen. Gegenüber solch kurzatmigem Denken und Argumentieren ist an der überragenden Bedeutung der historischen Kontinuität für die Erklärung des Imperialismus festzuhalten.

Obwohl die Motive für die Bildung und den Erwerb von Kolonien in den vier Jahrhunderten seit den ersten portugiesischen Entdeckungen außerordentlich vielschichtig sind, kann man sie in zwei allgemeine Kategorien zusammenfassen. Zuerst einmal gab es das rein wirtschaftliche Motiv, das Ziel, einen für das Mutterland gewinnbringenden Handel in Gang zu setzen; eine Kolonie wurde gleichsam als Milchkuh angesehen. Typischer Ausdruck die-

18a) Über einen zu wenig beachteten oder geringgeschätzten Einfluß auf die Geschichte und das Geschichtsbewußtsein in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vgl. zuletzt H. W. Koch, Die Rolle des Sozialdarwinismus als Faktor im Zeitalter des neuen Imperialismus um die Jahrhundertwende, in: Zeitschrift für Politik 17 (1970), S. 51—70.

19) Ihn hat, von der Beschäftigung mit der europäischen Kolonisation in Übersee von ihren Anfängen an bis zur heutigen Zeit herkommend, David Kenneth Fieldhouse in einer kompakten Studie hervorgehoben: Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert (= Fischer Weltgeschichte 29), Frankfurt/M 1965 [Übersetzung aus dem Englischen].



ses Bestrebens war die Faktorei, die zumeist an der Küste der fremden Kontinente entstand. Diese Handelsniederlassung hatte die Tendenz, sich ins Hinterland auszudehnen, sofern Gründe militärischer Sicherheit, der Schutz der Eingeborenen in den Grenzräumen oder die Notwendigkeit besserer Verwaltung es erforderten.

Der fließende Übergang zur zweiten Kategorie von Beweggründen für Kolonialerwerb wird hieran bereits deutlich. Für die Merkantilstaaten des 17. Jahrhunderts — und das trifft in ganz besonderem Maße auf Frankreich zu — waren Gewinn und Erhaltung politischer Macht und Größe ebenso wichtig wie die Sicherung wirtschaftlicher Vorteile. Im 18. Jahrhundert ist Kolonialpolitik größtenteils der Reflex des Hegemoniekampfes zwischen England und Frankreich. Der Kampf um die territoriale Vorherrschaft in Indien und Nordamerika war mehr das Ergebnis politischer als rein wirtschaftlicher Rivalität. Die Entscheidung Englands von 1763, Kanada für das blühende Guadeloupe einzutauschen, mag als Hinweis für den Primat der Politik genügen.

Daß im 19. Jahrhundert bis in die siebziger Jahre der Freihandel die Beziehungen der europäischen Mächte zu den Kolonien, das heißt vor allem zum Britischen Empire kennzeichnet (England wurde mit einem „aufgeblasenen Quäker“ verglichen „rubbing his hands at the roaring trade“) und daß in England ein anti-imperiales Bewußtsein herrschte, mag der Grund dafür gewesen sein, daß Hobson und seine Epigonen die Diskontinuität zwischen dem imperialistischen Zeitalter und der Epoche davor so scharf hervorhoben. Doch in Wirklichkeit war nur ein kurzfristiger Wechsel in den Methoden überseeischer Reichsbildung eingetreten. Das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts zeugt von einer Rückkehr zur antagonistischen Expansion des 18. Jahrhunderts. Imperialistische Politik ist insofern, als Fortsetzung der europäischen Großmächtepolitik, kein neuartiges Phänomen. Und diese antagonistische Struktur des Imperialismus ist keine beiläufige, „sondern eine fundamentale Er-

scheinung“ (Th. Schieder). Nur der Kreis der Konkurrenten wurde jetzt größer. Dieser Umstand erklärt besser als alles andere die Beschleunigung, ja Hektik der imperialistischen Expansionsbewegung, die durch den schon zeitgenössischen Ausdruck „scramble“ treffend gekennzeichnet ist, der sowohl „Wettlauf“, aber halsbrecherischer, als auch „Balgerei, Rauferei“ bedeutet. Man kann sagen, daß überseeischer Territorialerwerb spätestens seit 1885, nachdem durch die Einrichtung internationaler Konferenzen eine diplomatische Kolonialbörse, auf der man Kolonien handelte, geschaffen worden war, in erster Linie durch den Faktor der Mächterivalität zustande gekommen ist, durch das ständige Spiel des *Preavenaire*, durch einen „preclusive imperialism“ — ich erinnere an Fashoda, die ernsteste Krise der Kolonialpolitik. Im Gegensatz zu Hobson erkennt man somit, daß gerade die Existenz der verschiedenen bislang als lästig empfundenen „pressure groups“ als diplomatische Trumpfkarte verwendet wurde, ließen sie sich doch als willkommene Rechtfertigung für koloniale Ansprüche gebrauchen. Hinzu trat dann bald als mächtige Wirkkraft der mystische Glaube an den Wert eines überseeischen Reiches, ein Glaube, den man nur schwer in Hülle und Kern wird zergliedern können.

Ich komme zum Schluß und gestehe, daß ich der zuletzt angedeuteten Erklärungsmöglichkeit den Vorzug vor allen anderen gebe; denn sie bietet die klarste Inhaltsbegrenzung des Imperialismusbegriffes. Versucht man, Imperialismus von politisch-territorialer Kontrolle zu trennen, gerät die historische Substanz ins Schwimmen<sup>20)</sup>. Früher oder später sind eigentlich alle Imperialismuskritiker an die Schwelle gelangt, von der ab sie zu einer derartigen Eingrenzung des Problems schreiten mußten. Als Hobson eine Theorie des Imperialismus

<sup>20)</sup> William L. Langer, *A Critique of Imperialism*. In: *Foreign Affairs* 14 (Oct. 1935) S. 102—119. Wiederabdruck in: Ders., *Explorations in Crisis. Papers on International History*. Ed. by Carl E. Schorske and Elizabeth Schorske, Cambridge/Mass. 1969, S. 167—184.



erarbeitete, wandte er sie auf die Annexion riesenhafter Gebiete in Afrika und Asien durch ein paar europäische Mächte an und auf nichts anderes. Wehler analysiert nach seinen theoretischen Vorannahmen ausführlich die Überseepolitik Bismarcks, vermag einen echten Zusammenhang zwischen A-priori-Konstruktion und historischer Analyse jedoch nicht herzustellen. Bei letzterer sind die zahlreichen Fälle, in denen Bismarck auf Kolonialerwerb verzichtete, mindestens ebenso aufschlußreich für die Dominanz machtpolitischer Motive wie der kurze Zeitraum, in dem die deutsche Schutzherrschaft über tropische Urwälder und über Wüsten proklamiert wurde.

Imperialismus sollte m. E. synonym für die politisch-territoriale Aneignung und Angliederung der noch nicht beherrschten Regionen der Welt durch die okzidentalen Mächte gebraucht werden. Wenn man ihn wesentlich anders definiert und Begriffe wie Finanzimpe-

rialismus und Sozialimperialismus einführt, gelangt man rasch zur Inflation, das heißt zur Entwertung des Imperialismusbegriffs. Wenn Imperialismus irgendeine vage Form der Einmischung von Geschäftsleuten und Bankiers in die Angelegenheiten eines anderen Landes sein soll oder wenn man ihn als Konfliktideologie auffaßt, soll man ihn getrost auf andere Formen von Beeinflussung und Manipulation ausdehnen. Man muß dann aber auch konsequenterweise die Existenz von Erscheinungen wie Kulturimperialismus, Religionsimperialismus, Gesinnungsimperialismus usw. postulieren. Ich persönlich ziehe mit dem amerikanischen Historiker Langer die Verwendung eines meßbaren, handlichen Imperialismusbegriffs seiner Expansion in diesem Sinne vor. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Ursachen der imperialistischen Politik zwischen 1880 und 1914 in einem höchst komplexen Wirkungsfeld interdependenter Kräfte liegen.

# Der Nationalitätenkonflikt in Kanada

## Einleitung

Als am 5. Oktober 1970 der britische Handelsattaché James Cross in Montreal von kanadischen Terroristen als Geisel festgesetzt wurde und einige Tage darauf, am 10. Oktober, der Arbeitsminister der Provinz Quebec, Pierre Laporte, dasselbe Schicksal erlitt, nahm dieses Geschehen auch in der Bundesrepublik in der Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen einen breiten Raum ein — nicht zuletzt deshalb, weil der Entschluß der kanadischen Bundesregierung in Ottawa und der Provinzialregierung von Quebec, sich nicht auf die Forderungen der Entführer einzulassen<sup>1)</sup>, vielenorts die Streitfrage aufwarf, ob die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder das Leben der Geiseln vorrangig seien. Vergebens bat Pierre Laporte seinen Freund, den Ministerpräsidenten von Quebec, Robert Bourassa, bei seinen Entscheidungen Rücksicht zu nehmen auf die Tatsache, daß er das Oberhaupt einer zwölköpfigen Familie sei. Am

17. Oktober 1970 wurde Pierre Laporte erdrosselt im Kofferraum eines Autos aufgefunden.

Um die ungeheure Erregung, die die Entführung von James Cross und Pierre Laporte gerade auch in Europa ausgelöst hat, zu erklären, muß gewiß auch in Betracht gezogen werden, daß hier in einem westlichen demokratischen Staat die innenpolitische Auseinandersetzung mit terroristischen Mitteln geführt wurde. Dieser Terrorakt muß im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung Kanadas gesehen werden. Sie ist geprägt durch den Gegensatz zwischen Anglo- und Frankokanadiern und stellt in der Gegenwart die Aufgabe, die separatistischen Zielsetzungen einer radikalen Minderheit zugunsten einer Neugestaltung der bundesstaatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung auszuschalten. Damit steht die kanadische Konföderation, wie hier ausgeführt werden soll, in der schwersten Bewährungsprobe ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte.

## I. Kanada — ein Land des geschichtlich gewachsenen Nationalitätengegensatzes

Überschauen wir die Geschichte Kanadas seit der Inbesitznahme des Landes durch die Europäer, so können wir — in Anlehnung an die

<sup>1)</sup> Gefordert wurden u. a.: die Freilassung von 23 politischen Gefangenen (die z. T. wegen schwerer Raubüberfälle, Brandstiftung und anderer Straftaten in Haft saßen) und ihre ungehinderte Ausreise nach Kuba oder Algerien; — die Zahlung von \$ 500 000 Lösegeld in Gold; — Verzicht auf Maßnahmen gegen die Entführer; — genaue Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Forderungen und Ziele des sogenannten „Front de Libération du Québec“ (FLQ). Angaben aus: Archiv der Gegenwart, Bonn — Wien — Zürich, Folge 46/1970, S. 15 855; ebenda (S. 15 856) auch nähere Angaben über den FLQ. Dieser wurde 1962 ge-

Darstellung von Robert Lacour-Gayet<sup>2)</sup> — drei große Phasen unterscheiden: *le Canada français — le Canada britannique — le Canada canadien*. Damit wird deutlich gemacht, daß dem unabhängigen Kanada eine französische

gründet und hatte im Herbst 1970 annähernd in 150 verschiedenen Zellen tätige Mitglieder und etwa 2000 weitere Anhänger. Erstmals trat der FLQ 1963 mit Bombenanschlägen hervor.

<sup>2)</sup> Robert Lacour-Gayet, *Histoire du Canada*, Paris (Fayard) 1966. Zur französischen Kolonialzeit vgl. Chanoine Lionel Groulx, *Histoire du Canada Français*, 2 Bde., Montreal und Paris 1960; Marcel Trudel, *Histoire de la Nouvelle France*, I—III, Montreal und Paris 1963.



und eine britische Kolonialherrschaft vorausgegangen sind.

Als erste kamen die Franzosen, und zwar unter Führung von Samuel de Champlain. Mit Unterstützung von König Heinrich IV. († 1610), König Ludwig XIII. († 1643) und seinem leitenden Minister Kardinal Richelieu holte Champlain Siedler, Händler und katholische Missionare ins Land; er gründete 1608 die Stadt Quebec und schuf erst als Statthalter (*Lieutenant Général*), in seinen letzten Lebensjahren als kgl. Gouverneur einen großen französischen Kolonialbereich — „Neu-Frankreich“ genannt — am Unterlauf des St. Lorenz-Stroms.

Dieser breite Flußlauf, der zu den großen Seen hinführt, erwies sich — so wie etwas später im Süden der Mississippi — als ein ideales Einfallstor in den nordamerikanischen Raum, und beider Ströme bedienten sich die Franzosen, um ihre große nordamerikanische Doppelkolonie Neu-Frankreich und Louisiana zu schaffen. Ihr Wert wurde weniger in der Siedlungsmöglichkeit gesehen, als vielmehr im Nutzen für den Handel. Edelmetalle, Pelze, Gewürze, Edelhölzer u. a. m. waren für die heimische, vom sogenannten Merkantilismus geprägte Wirtschaft wichtig. Zur Zeit Colberts, des bekannten Wirtschaftsministers unter Ludwig XIV., blühte der von der französischen Westindienkompanie getragene Handel. Immerhin gab es um 1690 auch schon rund 10 000 französische Siedler in Neu-Frankreich, und diese versuchten, von den Nebenläufen des St. Lorenz-Stromes und vor allem des Mississippi in das Landesinnere vorzustoßen. Es liegt auf der Hand, daß diese Bestrebungen den englischen Interessen zuwiderliefen. Die Engländer hatten ja an der Ostküste Amerikas die Kolonie „Neu-England“ gegründet, und sie suchten im hohen Norden mittels der *Hudsonbay-Company* nach einer Nordwestpassage.

Der britisch-französische Kolonialdualismus bestimmte das Verhältnis beider Länder im 18. Jahrhundert. Dieser Dualismus wurde während des spanischen Erbfolgekrieges und des Siebenjährigen Krieges mit Waffengewalt ausgetragen. 1713 verlor Frankreich Neu-Fund-

land und Neu-Schottland, und im Pariser Frieden von 1763 verzichtete Frankreich auf seine übrigen Besitzungen in Kanada (mit Ausnahme von St. Pierre und Miquelon, zweier kleiner Inseln im Golf des St. Lorenz-Stroms, die noch heute zu Frankreich gehören). Auch Louisiana wurde damals aufgegeben. Somit endete 1763 die französische Kolonialherrschaft in Nordamerika, und etwa 63 000 französische Siedler wurden britische Untertanen. Nach dieser ersten Phase der „europäischen“ Geschichte Kanadas, die im Zeichen der französischen Kolonialherrschaft stand, folgten rund hundert Jahre britischer Kolonialherrschaft (1763—1867<sup>3)</sup>). In dieser Zeit entwickelte sich Kanada zu einer Doppelnation.

Denn nun kamen die britischen Einwanderer, als erste etwa 40 000 *United Empire Loyalists*, die sich vorzugsweise in Oberkanada, in der heutigen Provinz Ontario, niederließen. Diese Loyalisten waren solche Siedler, die die Lösung der britischen Kolonien an der amerikanischen Ostküste vom Mutterland (1776) und ihre nachfolgende Erhebung zur neuen Republik der Vereinigten Staaten nicht hinnehmen und Untertanen der britischen Krone bleiben wollten.

Erstaunlich mag sein, daß sich das französischsprachige Kanada an der revolutionären Loslösung von Großbritannien nicht beteiligte, obgleich es doch erst relativ kurze Zeit zuvor gewaltsam unter britische Herrschaft gekommen war. Dafür gibt es drei Gründe; zum ersten das Gefühl des Verlassenseins von Frankreich, das in der Äußerung Voltaires, Frankreich habe in Kanada nur „wertlose

<sup>3)</sup> Zur britischen Kolonialherrschaft vgl. John S. Moir / Robert E. Saunders, *Northern Destiny — A History of Canada*, Toronto 1970; ferner Edgar Mc Innis, *Canada — A Political and Social History*, Toronto — Montreal 1947, 1969<sup>3</sup>. Über die Auswirkung der britischen Herrschaft auf die Frankokanadier liegt die große Untersuchung vor: Mason Wade, *The French Canadians 1760—1967*, 2 Bde., Toronto 1955; 1968<sup>2</sup>. Für die ersten drei Jahrzehnte der britischen Herrschaft ist auch zu nennen: Hilda Neatby, *Quebec — The revolutionary Age 1760 till 1791*, Toronto 1966. Jean Hamelin, *Le Canada Français. Son évolution historique 1437 — 1967*, Trois-Rivières 1968.



Schneefelder" verloren, eine aufschlußreiche Bestätigung findet<sup>4)</sup>; zum zweiten die Bindung der meisten Frankokanadier an den katholischen Glauben und das Festhalten an einer monarchischen Staatsauffassung (zum Altar gehört eben der Thron; das aufklärerische Gedankengut des 18. Jahrhunderts hat bei den Frankokanadiern keinen Eingang gefunden); zum dritten die recht kluge Politik Großbritanniens, das — gewarnt durch den Abfall der südlichen Kolonien — auf eine anfänglich beabsichtigte Anglisierungspolitik verzichtete und auf der Grundlage der schon 1774 abgefaßten Quebec-Akte die französischen Kultur- und Rechtsformen anerkannte und schützte. Im Krieg zwischen den USA und Großbritannien (1812—1814) hat Kanada sogar als zuverlässige britische Operationsbasis gedient.

Dort allerdings, wo in der Verwaltung des 1791 in Ober- und Unterkanada geteilten Kolonialbesitzes der Wille der von der britischen Krone eingesetzten Gouverneure, das britische Gewicht zu stärken, erkennbar wurde, blieben in der Folgezeit Spannungen nicht aus. Sie nahmen 1837 besonders scharfe Formen an und veranlaßten den britischen Abgesandten Lord Durham, in einem Bericht des Jahres 1839 von dem „Konflikt zweier Nationen“ und dem „Krieg der Rassen“ zu sprechen<sup>5)</sup>. Hier wird deutlich, daß die Entstehung der kanadischen Doppelnation schon in ihrer frühen Phase mit tiefgehenden Spannungen zwischen Franko- und Anglokanadiern verbunden war. Ja, vergleicht man die Aussage Lord Durhams mit Äußerungen unserer Zeit, so mag zweifelhaft sein, ob Kanada überhaupt je zu einer Nation geworden ist. Lord Durham schrieb 1839: „Ich glaubte, einen Streitfall zwischen Regierung und Volk zu finden; aber ich habe den Konflikt zweier Nationen innerhalb desselben

Gemeinwesens angetroffen. Ich habe einen Krieg der Rassen vorgefunden, nicht der Regierungsprinzipien.“<sup>6)</sup>

Und 1965 lesen wir im vorläufigen Bericht einer von der damaligen Regierung unter Premierminister Lester B. Pearson eingesetzten Kgl. Untersuchungskommission, die in den vorausgegangenen zwei Jahren eine systematische Befragung der Bevölkerung durchgeführt hatte: „Du côté francophone, les premiers contacts n'ont rien révélé d'inattendu, si ce n'est l'extrême méfiance avec laquelle une grande partie du Québec regarde tout ce qu'accomplit Ottawa, et un grand scepticisme quant à la faculté et la volonté du Canada anglais de comprendre le Canada français.“<sup>7)</sup> („Die bisherigen Gespräche mit den Frankokanadiern haben nichts Überraschendes gebracht; sie haben aber das tiefe Mißtrauen aufgedeckt, mit dem große Bevölkerungsteile Quebecs alles, was sich in Ottawa tut, beobachten, und sie haben den starken Zweifel, ob das englischsprachige Kanada überhaupt das französischsprachige begreifen will und kann, offenkundig gemacht.“)

Zwischen diesen beiden Aussagen liegt natürlich kein völlig geradliniger Weg, und wir dürfen auch die Untersuchungsergebnisse der Kgl. Kommission nicht in allen Teilen als typisch für die ganze kanadische Gesellschaft ansehen, gibt es doch im 19. und 20. Jahrhundert durchaus fruchtbare Ansätze, den Antagonismus der beiden Nationen in Kanada zu überwinden.

Als ein solcher Ansatz darf zwar der *Union Act* von 1840 noch gelten, weil mit ihm — auch das war eine Anregung Lord Dur-

<sup>4)</sup> „Je croyais trouver ici une lutte entre le gouvernement et le peuple, or j'y ai trouvé le conflit de deux nations au sein d'un même Etat, j'y ai trouvé une guerre non de principes, mais de races.“ Zit. nach Notre Histoire (Autorenkollektiv mit u. a.: Denys Bousquet / F. W. Gibson), Ottawa 1964, S. 52.

<sup>7)</sup> Rapport préliminaire de la Commission royale d'enquête sur le bilinguisme et le biculturalisme, Ottawa, Febr. 1965, S. 20.

<sup>4)</sup> Vgl. André Latreille, *La France de Louis XV*, in: *Histoire de la France*, Bd. 1, Paris (Hachette) 1950, S. 483.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu Hans Graf, *Probleme der britischen Reichspolitik in Kanada — Die Rebellion von 1837*, Marburg 1960 (Schriften der Philipps-Universität, Nr. 7).



hams — nur die beiden Landesteile Ober- und Unterkanadas wieder zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt wurden. Wohl aber erbrachte die 1847 von Lord Elgin durchgesetzte Form des *responsible government* sowohl die kulturelle als auch die politische Gleichstellung mit den Anglokanaidiern; das heißt: der dem Gouverneur beigegebene Exekutivrat war der von der gesamten Bevölkerung — ohne sprachliche Diskriminierung — gewählten gesetzgebenden Körperschaft verantwortlich.

Mit dieser Form der kolonialen Selbstverwaltung wurde die Loyalität gegenüber der britischen Krone gestärkt. Zugleich wurde die Voraussetzung geschaffen für die Gründung eines kanadischen Dominions, das dem Land die volle Autonomie nach innen gab, ohne daß dabei die äußeren Bindungen an Großbritannien in der Gemeinsamkeit der Krone und bezüglich der von London bestimmten Außenpolitik in Frage gestellt wurden.

Dabei kehrte man wieder zur Teilung des Landes in Unterkanada, jetzt Quebec, und Oberkanada, jetzt Ontario genannt, zurück und versuchte, diese Provinzen mit den maritimen Kolonien Britisch-Nordamerikas in eine Föderation zu bringen. In einer bundesstaatlichen Form wurde 1867 in der Tat das neue Dominion geschaffen, und zwar nach vorausgegangenen jahrelangen Beratungen in Charlottetown auf der Prinz-Eduard-Insel, die unter dem Eindruck des amerikanischen Sezessionskrieges und möglicher Invasionsgefahren standen hatten. Wortführer der Anglokanaidier war J. A. Macdonald; auf frankokanadischer Seite war dies G. E. Cartier<sup>8)</sup>. Dieser konnte seinen Landsleuten klarmachen, daß die neue Föderation große Vorteile bringen würde:

<sup>8)</sup> Über Macdonald und über Cartier, zwei der „Gründungsväter“ der kanadischen Konföderation, liegen neuere Studien vor, und zwar von Peter B. Waite bzw. Jean-Charles Bonenfant, in der Sammlung: *Les idées politiques des premiers ministres du Canada / The Political Ideas of the Prime Ministers of Canada*, Ausgabe der Universität Ottawa in der Reihe „Les Conférences Vanier / The Vanier Lectures“, Nr. 2, Ottawa 1968, S. 51 ff. und S. 31 ff.

nämlich die Selbstverwaltung der Frankokanadier in „ihrer“ Provinz Quebec.

Nach der Ratifizierung durch das britische Parlament in London trat am 1. Juli 1867 auf der konstitutionellen Grundlage der sogenannten „Britischen Nordamerika-Akte“ die kanadische Konföderation — bestehend aus den vier Bundesstaaten (offiziell „Provinzen“ genannt) Ontario, Quebec, Neu-Schottland und Neu-Braunschweig — ins Leben. Damit beginnt die dritte Phase der kanadischen Geschichte, die des autonomen Kanada.

Diese dritte Phase ist geprägt von der Ausdehnung Kanadas zu dem riesigen Land *a mari usque ad mare*, wie es im kanadischen Wappenspruch lautet, einer Ausdehnung vom atlantischen zum pazifischen Ozean, bedingt durch den Anschluß bzw. durch die Gründung neuer Provinzen: 1870 Manitoba, 1871 Britisch-Kolumbien, 1873 Prinz-Eduard-Insel, 1905 Alberta und Saskatchewan, 1949 Neufundland. Die 1885 nach mehr als zehnjähriger Arbeit in Betrieb genommene, über 4000 km lange transkontinentale Eisenbahn hat sich dabei — wie der St. Lorenz-Strom — als wirtschaftlicher und politischer Einigungsfaktor erwiesen. Es ist denkbar, daß eines Tages die der Bundesgewalt unterstehenden riesigen, noch fast menschenleeren arktischen Gebiete, die sogenannten *Northwest Territories* und das *Yukon Territory*, — in dem Maße, wie ihre wirtschaftliche Erschließung Siedler ins Land bringt, — als elfte und zwölfte Provinz die Konföderation mittragen werden.

Diese dritte historische Phase ist weiterhin geprägt von der Fortentwicklung der britischen Nordamerika-Akte von 1867 und ihrer Anpassung an neue Aufgaben und Vorstellungen durch die Gesetzgebung des britischen Parlaments und der kanadischen Gesetzgebungskörperschaften sowie durch die Verfassungstradition, so daß Kanada — ähnlich wie Großbritannien — keine geschlossene, in einer Rechtssatzung kodifizierte Verfassung hat; diese setzt sich vielmehr aus einer Vielzahl von Akten, Gesetzen und parlamentari-



schen Bräuchen zusammen<sup>9)</sup>. Hauptmerkmale der Verfassung sind dabei die Abgrenzung der Bundeskompetenzen und Provinzkompetenzen. Handel, Währung, Bankwesen, Post, Strafrecht, Ehestandsrecht, Militär gehören u. a. — laut Artikel 91 der britischen Nordamerika-Akte von 1867 — zu den wichtigsten Aufgabebereichen des Bundes. Seine hauptsächlichen Organe sind die folgenden:

— für die Gesetzgebung das Parlament, das von dem aufgrund des Mehrheitswahlrechts für jeweils fünf Jahre gewählten Unterhaus und von dem Senat (mit seinen 102 von der Krone ernannten Senatoren) gebildet wird; praktisch erfolgt die Ernennung der Senatoren auf Vorschlag des Premierministers durch den Generalgouverneur als Vertreter der Krone, und zwar unter Berücksichtigung der verschiedenen kanadischen Landesteile und ihrer Bevölkerungsstärke<sup>10)</sup>;

— für die ausführende Gewalt: die Krone (vertreten durch den auf Vorschlag des Ministerpräsidenten jeweils für fünf Jahre ernannten Generalgouverneur), der ihr beigegebene *Privy Council for Canada* und vor allem zur praktischen Festlegung der Richtlinien der Politik und zur Regierungsausübung der Premierminister mit seinem Kabinett; traditionsgemäß wird jeweils der Führer der größten Partei im Unterhaus vom Generalgouverneur gebeten, die Regierung zu bilden.

Kanada besitzt also — insgesamt gesehen — eine parlamentarische bundesstaatliche Ord-

<sup>9)</sup> Zur Verfassung siehe folgende Textveröffentlichung: *A Consolidation of the British North America Acts 1867 to 1965*, hrsg. von Elmer A. Driedger, Ottawa 1967. Die Verfassungssituation Kanadas wird in folgenden Schriften zutreffend beschrieben: Bernard Bissonnette, *Essai sur la Constitution du Canada*, Montreal 1963; *Le Système politique du Canada — Institutions fédérales et québécoises*, Sammelband hrsg. von M<sup>e</sup> Louis Sabourin, Ottawa 1968; Ronald I. Cheffins, *The Constitutional Process in Canada*, Toronto 1969.

<sup>10)</sup> Dies ergibt — laut Artikel 22 der Britischen Nordamerika-Akte — folgende Aufteilung: Ontario, Quebec, die maritimen Provinzen (ohne Neufundland) und die Westprovinzen entsenden je 24 Senatoren in den Senat; hinzu kommen 6 Senatoren aus Neufundland. Vgl.: *A Consolidation of the British North America Acts 1867 to 1965*, a. a. O., S. 6.

nung, in der die Regierungen und Parlamente der zehn Provinzen eine Art Gegengewicht zur Bundesgewalt darstellen und — mit unterschiedlicher Intensität — das politische, wirtschaftliche und kulturelle Eigenleben der jeweiligen Provinz sicherstellen.

Die Zeit ab 1867 ist geprägt von der wachsenden Unabhängigkeit Kanadas, das in den ersten Jahrzehnten als Dominion stark an das britische Mutterland gebunden war und seiner Außen- und Verteidigungspolitik folgen mußte. Premierminister Wilfried Laurier, der erste frankokanadische liberale Regierungschef von 1896 bis 1911, nahm es zwar auf sich, aus Solidarität mit dem Mutterland ein 7000-Mann-Heer zur Unterstützung der britischen Interessen gegen die Buren nach Südafrika zu entsenden; aber auf der Empire-Konferenz nach Beendigung des Burenkrieges trat Laurier mit Erfolg dem Zollunionsplan und gemeinsamen Verteidigungsplan für das britische Weltreich entgegen<sup>11)</sup>. Vor allem der Erste Weltkrieg, in dem Kanada auf britischer Seite mitgekämpft hatte, hob das kanadische Selbstbewußtsein derart, daß es als Entgelt für sein militärisches Engagement auch an den außenpolitischen Entscheidungen selbsthandelnd beteiligt sein wollte und es auch erreichte, an den Friedensverhandlungen im eigenen Namen teilzunehmen, den Versailler Vertrag zu unterschreiben und dem Völkerbund als selbständiges Mitglied beizutreten.

Die hier eingeleitete Entwicklung zur außenpolitischen Handlungsfreiheit Kanadas ist auf der Empire-Konferenz von 1926 und durch das sogenannte Westminster-Statut vom Dezember 1931 sanktioniert worden<sup>12)</sup>. Diese in-

<sup>11)</sup> Über die politischen Ideen und Handlungen des Premierministers Wilfried Laurier unterrichtet neuerdings: Paul Stevens, in: *Les idées politiques des premiers ministres du Canada*, a. a. O., S. 69 ff.

<sup>12)</sup> Das Westminster-Statut ist u. a. veröffentlicht in: *Verträge zur Zeitgeschichte 1918—1939 — Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von Erhard Klöss, München Dez. 1965, dtv-Dokumente, Bd. 334. Zu beachten ist in dem Westminster-Statut der grundlegende § 4 (ebda. S. 176): „Kein Gesetz des Parlamentes des Vereinigten Königreiches, das nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ergeht, erstreckt sich oder soll so angesehen werden, als ob es sich erstreckte, auf ein Dominion, als Teil des Rechts dieses Dominions...“



haltliche Neubestimmung des Dominionsstatus hat aus dem britischen Empire das lockere *Commonwealth of Nations* gemacht. Die völlige staatliche Souveränität fand erst 1965 symbolischen Ausdruck, als an die Stelle der roten Fahne mit dem *Union Jack* und dem kanadischen Wappen die vertikal gestreifte rot-weiß-rote Fahne mit dem stilisierten roten Ahornblatt in der Mitte trat.

Die über hundert Jahre seit 1867 sind aber auch von dem Unvermögen bestimmt, ein alle Landesteile und Bevölkerungskreise gleichermaßen umfassendes kanadisches Staatsbewußtsein auszubilden<sup>13)</sup>. Man mag sich fragen, ob daran aus der Zeit vor 1867 der sogenannte „Eroberungskomplex“ der Frankokanadier, also das Wissen um die Tatsache, daß Kanada als ursprüngliche französische Gründung von den Briten erobert worden ist, und die Nachwirkungen der Unruhen von 1837 schuld sind. Gewiß hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der missionarische Charakter des britischen Imperialismus, der sich in Cecil Rhodes verkörperte, den Frankokanadiern die anglokanadischen Landsleute entfremdet. Die vielzitierte Forderung: „One flag, one school and one official language from Coast to Coast“<sup>14)</sup> wirkte sich beispielsweise konkret in der Schulpolitik außerhalb der Provinz Quebec so aus: Es gab dort keine staatlichen französischsprachigen Schulen. Ebenso war im Militärwesen das Englische auch noch im Ersten Weltkrieg nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1917) die alleinige Kommandosprache. Es gab damals leidenschaftliche, mit Polizeigewalt unterdrückte Proteststürme, in denen der Ruf nach einem unabhängigen französischsprachigen Quebec laut wurde.

In den zwanziger und dreißiger Jahren, die zeitweise von der weltweiten wirtschaftlichen Rezession bestimmt waren, machte sich insbesondere das wirtschaftliche und soziale Gefälle zum Nachteil der frankokanadischen Lan-

<sup>13)</sup> Vgl. hierzu den wichtigen Beitrag von Oswald Häuser, Kanada als nationales Problem, in: Saeculum-Jahrbuch für Universalgeschichte, Bd. 15, Freiburg—München 1964.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 92.

desteile bemerkbar. Natürlich öffneten sich — damals wie heute — die anglokanadischen Provinzen mehr dem amerikanischen Kapital als die Provinz Quebec, und ohnehin war die puritanische Mentalität der anglokanadischen Bevölkerung — Max Weber hat es überzeugend erklärt<sup>15)</sup> — vielmehr auf Wirtschaftsinitiative und Handelsgeist ausgerichtet als die der katholischen Bevölkerung der Provinz Quebec, in der der Dorfpfarrer Mittelpunkt der Gesellschaft war und fast bis in unsere Zeit hinein geblieben ist. Und wo in Quebec große Betriebe aufgebaut wurden, waren sie dennoch in anglokanadischer und amerikanischer Hand, so daß das Englische die führende Wirtschaftssprache geworden ist. Das wiederum hat das französische Kulturbewußtsein verletzt, so daß auch aus diesem Grunde die Frankokanadier einen auf die eigene Provinz bezogenen Nationalismus entwickelt haben, der zugleich ein Desinteresse gegenüber dem übrigen Kanada bedeutete.

Maurice Duplessis, der Chef der von ihm gegründeten konservativen Partei der Provinz Quebec (mit dem bezeichnenden Namen *Union Nationale*) und Ministerpräsident der Provinz von 1936 bis 1939 und von 1944 bis 1950, hat diesem exklusiven Nationalismus starke Impulse zu geben vermocht<sup>16)</sup>. Daniel Johnson übernahm 1961 sein Erbe als konservativer Parteiführer. Der Titel seiner 1965 erschienenen Schrift „Gleichheit oder Unabhängigkeit“<sup>17)</sup>

<sup>15)</sup> Vgl. u. a. von Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, 1. Bd. (mit dem Beitrag: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus), 4. Auflage, Tübingen 1947.

<sup>16)</sup> Dieser exklusive Nationalismus führte in der Publizistik zu eindeutig separatistischen Zielsetzungen, wie u. a. in der Schrift von Wilfrid Morin, *L'indépendance du Québec — Le Québec aux Québécois*, Montreal 1938, erkennbar ist.

<sup>17)</sup> Daniel Johnson, *Égalité ou Indépendance*, Montreal-Ottawa 1965. Trotz der irischen Herkunft der Familie väterlicherseits war Daniel Johnson durch und durch Frankokanadier. Während er — wie der Titel seiner Schrift zeigt — dem Zusammenleben der Franko- und Anglokanadier in einem gemeinsamen Staate noch eine Chance einräumte, gingen andere zu einem klaren Separatismus über, wie etwa Raymond Barbeau, *J'ai choisi l'indépendance*, Montréal 1961. Barbeau setzt seine Hoffnung in das erst in der Idee bestehende „neue Vaterland“ Laurentie (so der Name in Anlehnung an den St.-Lorenz-Strom).



bezeichnet die Hauptforderung, die die Franko-kanadier laut Ergebnis der im selben Jahre erstmals veröffentlichten Untersuchungsergebnisse der Kgl. Kommission zu stellen hatten. Mit dieser Forderung nach Gleichheit oder Unabhängigkeit führte Johnson 1966 in der Provinz Quebec den Wahlkampf und vermochte sich gegenüber der bis dahin regierenden liberalen Partei unter Premierminister Lesage durchzusetzen<sup>18)</sup>. Doch nur gut zwei Jahre — bis zu seinem plötzlichen Tode im September 1968 — hat er die Regierungsgeschäfte geführt, getragen von dem Willen, die offizielle Gleichstellung der französischen Sprache und Kultur in Kanada zu erreichen; andernfalls wollte er sich für die Eigenständigkeit Quebecs einsetzen.

In die Zeit der Amtsführung von Ministerpräsident Daniel Johnson fällt die Reise des französischen Staatspräsidenten de Gaulle nach Kanada. Dieser Besuch erregte bekanntlich weltweites Aufsehen. — De Gaulle kam Ende Juli 1967 aus Anlaß des einhundertjährigen Bestehens der kanadischen Konföderation — bezeichnenderweise auf dem Kreuzer „Colbert“ — nach Quebec und ließ sich dort und danach auf dem 300 km langen historischen „Königsweg“ am Nordufer des St. Lorenz Stromes zwischen Quebec und Montreal und schließlich in dieser Metropole des Franko-kanadiertums von begeisterten Menschenmassen umjubeln. Die Weiterreise nach der Bundeshauptstadt Ottawa (wo der Staatsbesuch eigentlich — nach dem Protokoll — hätte beginnen müssen) brach er ab und kehrte vorzeitig nach Paris zurück. Er zeigte sich gekränkt, weil die Bundesregierung des Ministerpräsidenten Pearson über die häufig gebrauchte Anrede „kanadische Franzosen“ entrüstet war. Pearson hatte gegen die Worte von der angeblich notwendigen „Befreiung“ Quebecs protestiert und war dem Ausspruch entgegengetreten, den de Gaulle am 24. November 1967 vom Balkon des Rathauses von

Montreal aus einer vieltausendköpfigen Menge zugerufen hatte: „Vive le Québec libre!“<sup>19)</sup>.

Es sei dahingestellt, ob de Gaulle diesen Ruf — wie angenommen wird<sup>20)</sup> — wirklich mit Vorbedacht oder aus einer spontanen Eingebung heraus angesichts der ihm frenetisch zujubelnden Menge getan hatte. Ganz gewiß wollte er bedachtermaßen „ein Zeichen setzen“, um für alle Welt sichtbar die Franko-kanadier des Rückhaltes von seiten des französischen „Mutterlandes“ zu vergewissern.

Nur, so fragte man sich doch auch: In welchem Sinne sollte das geschehen? Würde „Freiheit“ etwa zugleich „Bindung“ an Frankreich bedeuten? Widersprach nicht die Bezeichnung „*Français du Canada*“ auch dem Selbstverständnis der separatistisch eingestellten Frankokanadier? Die meisten verantwortlichen Politiker distanzieren sich deshalb mehr oder weniger deutlich von den Worten des französischen Präsidenten.

Allenfalls mochte de Gaulle den Unabhängigkeitswillen in der ständischen Vertretung des Franko-kanadiertums, die in den *Etats Généraux du Canada français* gegeben ist und die im Herbst 1967 in Montreal eine große Sitzung abhielt, wirklich gestärkt haben<sup>21)</sup>. Und gewiß hat auch die von einem betont französischen Kulturbewußtsein erfüllte katholische *Fédération des Sociétés de Saint-Jean-Baptiste* sich durch de Gaulle in ihren eigenen Überzeugungen bestätigt gesehen. Diese großen Vereinigungen — so wichtig sie auch heute noch für das Gesellschaftsbild des französischsprachigen Kanada sein mögen — tragen aber selber keine unmittelbare politische Verantwortung.

Das Geschehen vom Sommer 1967 erscheint heute bereits als ein Stück Geschichte, zumal

<sup>18)</sup> Vgl. u. a.: *Quatre élections provinciales au Québec 1956—1966*, vergleichende Studie mehrerer Autoren, hrsg. von Vincent Lemieux, Quebec 1969.

<sup>19)</sup> Über de Gaulles Staatsbesuch in Quebec und über seinen Zusammenstoß mit der kanadischen Bundesregierung unterrichtet eingehend: Archiv der Gegenwart, 37. Jg., 1967, S. 13322 ff.

<sup>20)</sup> Louis Sabourin, „Vive le Québec libre“ — deux ans après: une affaire de l'Histoire ou une histoire à faire?, in: *Le Devoir*, Montreal, 23. Juli 1969.

<sup>21)</sup> Vgl. *Le Droit*, Tageszeitung Ottawa, 27. 11. 1967.



die damals handelnden Männer — wie der kanadische Ministerpräsident Pearson, der Ministerpräsident von Quebec, Daniel Johnson, der französische Staatspräsident de Gaulle — von der politischen Bühne abgetreten sind. Doch der innere Konflikt schwelt weiter; der Nationalitäteng Gegensatz besteht nach wie vor. Gewiß haben vor allem die Bundesregierung unter Ministerpräsident Trudeau (die seit April 1968 besteht) und die Provinzregierung von Quebec unter Ministerpräsident Bourassa (die seit Mai 1970 im Amte ist) große Anstrengungen gemacht, die innere Krise zu überwinden. Trotzdem kann man auch heute —

wie schon seit Jahren — von einer „Zerreißprobe“ sprechen, der die kanadische Konföderation unterworfen ist<sup>22)</sup>. Das trifft um so mehr zu, als aus der „stillen Revolution“ — wie man die immer stärker werdende Besinnung der Frankokanadier auf ihre Kultur, auf ihre eigene Nationalität und auf das Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Gleichberechtigung bezeichnet hat — inzwischen der Versuch einer radikalen Minderheit hervorgegangen ist, mit Gewalt staatliche und gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen und dabei die Provinz Quebec aus dem kanadischen Staatsverband herauszureißen.

## II. Die kanadische Konföderation in der gegenwärtigen Bewährungsprobe

Wer den geschichtlichen Weg Kanadas bis in unsere Zeit hinein verfolgt hat, stellt folgendes fest: Seit geraumer Zeit steht die Einheit Kanadas auf dem Spiel. Auch die jetzt in sechs Büchern vorliegenden Untersuchungsergebnisse der Königlichen Kommission, die Premierminister Lester B. Pearson im Juli 1963 eingesetzt hatte, lassen daran keinen Zweifel. Die kanadische Regierung hatte der zehnköpfigen Kommission die Aufgabe zugewiesen, „die gegenwärtige Situation der Zweisprachigkeit und der zwei Kulturen in Kanada zu untersuchen, darüber zu berichten und Vorschläge zu machen, was für Schritte unternommen werden sollen, um zu erreichen, daß sich die kanadische Konföderation aufgrund einer gleichen Partnerschaft zwischen den zwei Gründerrassen entwickle“<sup>23)</sup>. Schon seit dem ersten, im Jahre 1965 veröffentlichten „Vorläufigen Bericht“ ist bekannt: Zwischen Anglo- und Frankokanadiern tut sich ein breiter Graben auf; der Wille zum Zusammenleben — zumindest in den gegebenen gesellschaftlichen und staatlichen Formen — scheint nicht mehr vorhanden. Die Folge: „Ce qui est en jeu, c'est l'existence même du Canada.“<sup>24)</sup>

Der Konflikt besteht nicht — auch das wird in dem Untersuchungsbericht deutlich gesagt —

zwischen einer anglokanadischen Mehrheit und einer frankokanadischen Minderheit, sondern zwischen zwei *groupes majoritaires*, ist doch die Provinz Quebec zu 82 % französischsprachig und befindet sich in ihr die englischsprachige Bevölkerung — so gewichtig auch ihre wirtschaftliche Position ist — in einer Minderheitenstellung. Allein die Sonderstellung Quebecs kann aber — so wird argumentiert — sicherstellen, daß diese Provinz ihren französischen Charakter behält und intensiviert. Und wird diese Sonderstellung nicht im Rahmen einer modifizierten kanadischen Konföderation gewährt, ist die Autonomie Quebecs vorzuziehen, so wie Daniel Johnson es im März 1966 in einem Wortspiel gesagt hat: „Pas nécessairement le séparatisme, mais le séparatisme si nécessaire.“<sup>25)</sup> („Wir wollen nicht notwendigerweise den Separatismus, ziehen aber — wenn notwendig, den Separatismus vor.“)

<sup>22)</sup> Vgl. Kurt Jürgensen, Die kanadische Konföderation in der Zerreißprobe, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, März 1967; ders., Kanada am Scheideweg. Verschärfter Nationalitäteng Gegensatz in der kanadischen Konföderation, in: Europa-Archiv, Jan. 1968.

<sup>23)</sup> Zitiert aus: Archiv der Gegenwart, Folge 46/1970, S. 15856.

<sup>24)</sup> Rapport préliminaire, a. a. O., S. 127.

<sup>25)</sup> Le Droit, Tageszeitung, Ottawa, 7. 3. 1966.



Heute ist nicht mehr so sehr die *Union Nationale* die parteipolitische Gruppierung in Quebec, die die Alternativforderung erhebt: Sonderstatut für Quebec oder Autonomie. Der Tod von Daniel Johnson und das mit der Nachfolge des sympathischen, aber politisch wenig profilierten Jacques Bertrand nur unbefriedigend gelöste Führungsproblem der Partei einerseits sowie die politische Dynamik von René Lévesque und das breite Echo des von ihm erst vor wenigen Jahren gegründeten *Parti Québécois* andererseits haben das politische Kräftebild in der frankokanadischen Provinz verschoben und eben diese Quebecpartei zu einem Sammelbecken der Autonomiebestrebungen gemacht<sup>26)</sup>. Als schlechthin separatistisch lassen sich diese Bestrebungen allerdings nicht abtun. Denn nach der zum Teil etwas verschwommenen politischen Zielsetzung des *Parti Québécois* soll sich die Selbstständigkeit Quebecs auf den innenpolitischen und kulturellen Bereich beschränken und sich nur bis zu einem gewissen Grade auch auf die Außenpolitik erstrecken; die wirtschaftlichen und militärischen Bindungen an das übrige Kanada sollen möglichst bestehen bleiben. Die staatliche Einheit Kanadas würde bei einer Verwirklichung dieser Ziele, die auf demokratischem Wege, nämlich mit dem Stimmzettel, angestrebt werden sollen, aber doch verlorengehen.

Schon bei der ersten Teilnahme an Provinzwahlen, am 29. April 1970, hat sich gezeigt, daß der *Parti Québécois* eine starke Resonanz in der frankokanadischen Bevölkerung gefunden hat<sup>27)</sup>. 23 % der Stimmen entfielen auf diese Partei, und zwar vor allem zu Lasten der *Union Nationale*, die nur noch 25 % der Stimmen erhielt, während sie in der vorausgegangenen Legislaturperiode (Juni 1966 bis April 1970) alleinige Regierungspartei gewesen war.

<sup>26)</sup> Vgl. u.a.: René Lévesque, *An Option for Quebec*, Toronto 1968 (englische Übersetzung der im selben Jahr in Montreal erschienenen französischen Originalausgabe).

<sup>27)</sup> Vgl. u.a.: James William Hagy, *Le Parti québécois in the 1970 Election*, Toronto Sept. 1970.

Diese Umschichtung der Wählerkreise hat unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts und einer sehr unterschiedlichen Wahlkreiseinteilung der liberalen Partei unter dem jungen Parteiführer Robert Bourassa große Vorteile gebracht. Denn während auf die *Union Nationale* nur 16 und auf die Quebecpartei nur noch 7 Mandate entfielen, erreichte die liberale Partei mit 45 % der für sie abgegebenen Stimmen 72 Sitze; sie verfügt damit in der *Assemblée Nationale* Quebecs über eine klare Mehrheit<sup>28)</sup>.

Die gleichartigen Regierungsverhältnisse auf Bundesebene<sup>29)</sup> und in der Provinz Quebec, wo jeweils die Liberalen regieren, mindern die Sezessionsgefahr und erhöhen die innere politische Stabilität. Gewiß hat sich unter diesen Gegebenheiten die schwere Staatskrise vom Herbst 1970 leichter lösen lassen, als es wohl bei einer anderen politischen Konstellation der Fall gewesen wäre. Es gab keine parteipolitischen Bedenken, als der liberale Bürgermeister von Montreal, Jean Drapeau, und der liberale Premierminister von Quebec, Robert Bourassa, die Bundesregierung unter dem liberalen Premierminister Trudeau um aktive Unterstützung gegen die sogenannte „Befreiungsfront von Quebec“, die für die terroristischen Akte verantwortlich war, baten; denn,

<sup>28)</sup> Als vierte Partei in der Nationalversammlung von Quebec sind die *Créditistes*, eine rechtsstehende Wirtschaftspartei, zu nennen, die mit 12 % der abgegebenen Stimmen 13 Sitze erlangt hat. — Die Mandatsverteilung in der Nationalversammlung sieht so aus (in Klammern der dazugehörige prozentuale Stimmenanteil):

Liberale Partei	72	(45 %)
Nationale Union	16	(20 %)
Kreditisten	13	(12 %)
Quebecpartei	7	(23 %)
Mandate insgesamt	108	(100 %)

<sup>29)</sup> Im gegenwärtigen kanadischen Unterhaus, das die liberale Bundesregierung des Premierministers P. E. Trudeau trägt, besteht folgende Sitzverteilung (gemäß den Wahlen vom Juni 1968):

Liberale Partei	154 Mandate
Progressive Konservative Partei	72 Mandate
Neue Demokratische Partei	23 Mandate
Vereinigung der Kreditisten	14 Mandate
	263 Mandate

Hinzu kommt ein Mandat in der Hand eines unabhängigen Abgeordneten. Oppositionsführer ist Robert Stanfield, der 1967 Diefenbaker als konservativer Parteiführer abgelöst hat.



so wurde zugegeben, die eigenen Kräfte seien nicht stark genug, um den „Versuch einer Minderheit abzuwehren, die Gesellschaft mit kriminellen Handlungen zu zerstören“.

Ministerpräsident Trudeau handelte sofort und kompromißlos und machte davon am 16. Oktober dem kanadischen Unterhaus und der kanadischen Bevölkerung in einer Weise Mitteilung, die jeder demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft, die sich gegen Terror und politischen Radikalismus schützen will, zur Lehre gereichen kann:

“I m speaking to you at a moment of grave crisis, when violent and fanatical men are attempting to destroy the unity and the freedom of Canada. One aspect of that crisis is the threat which has been made on the lives of two innocent men. These are matters of the utmost gravity and I want to tell you what the Government is doing to deal with them. . .

It has now been demonstrated to us by a few misguided persons just how fragile a democratic society can be, if democracy is not prepared to defend itself, and just how vulnerable to blackmail are tolerant, compassionate people. . .

At the moment the FLQ is holding hostage two men in the Montreal area, one a British diplomat, the other a Quebec Cabinet Minister. They are threatened with murder. Should the Governments give in to this crude blackmail we would be facing the breakdown of the legal system, and it's replacement by the law of the jungle. The Government's decision to prevent this from happening is not taken just to defend an important principle. It is taken to protect the lives of Canadians from dangers of the sort I have mentioned. Freedom and personal security are safeguarded by laws; those laws must be respected in order to be effective. . .

If a democratic society is to continue to exist, it must be able to root out the cancer of an armed, revolutionary movement that is bent on destroying the very basis of our freedoms. . .

This Government is not acting out of fear. It is acting to prevent fear from spreading. It is acting to maintain the rule of law without which freedom is impossible. It is acting to make clear to kidnappers, revolutionaries and assassins that in this country laws are made and changed by the elected representatives of all Canadians — not by a handful of self-selected dictators — those who would gain power through terror, rule through terror. The Government is acting, therefore, to protect your life and your liberty.”<sup>30)</sup>

Mit der Verhängung des Kriegsnotstandsrechts, des sogenannten *War Measures Act*, eröffnete sich die Bundesregierung — mit Zustimmung fast des ganzen kanadischen Parlaments — die Möglichkeit, die örtlichen Polizeikräfte durch Soldaten zu verstärken, Hausdurchsuchungen durchzuführen, sofortige Verhaftungen vorzunehmen und den *Front de Libération du Québec* (FLQ) aufzulösen<sup>31)</sup>. Sie lehnte es ab, die Geiseln gegen ein hohes Lösegeld und gegen die Freilassung von 23 wegen früherer Terrorakte in Gefängnissen befindlichen FLQ-Angehörigen „einzutauschen“. Der glückliche Ausgang der Entführung von James Cross, der Anfang Dezember 1970 nur gegen das Zugeständnis, daß sich die Entführer ins Exil nach Kuba begeben könnten, die Freiheit wiedererlangte, macht deutlich: Auf der einen Seite darf man in der Ermordung des entführten Arbeitsministers Pierre Laporte nicht eine notwendige Folge des von der Regierung verhängten Ausnahmezustandes sehen; auf der anderen Seite hat die Regierung zweifelsohne einer weiteren Eskalation von Schreckenstaten Einhalt geboten und Recht, Freiheit und Ordnung geschützt.

Natürlich ist es als unbefriedigend empfunden worden, daß in Friedenszeiten zur Bekämpfung

<sup>30)</sup> Rundfunk- und Fernsehansprache von Ministerpräsident Trudeau vom 16. Okt. 1970, ebda.

<sup>31)</sup> Zum Verbot des FLQ siehe Erklärung des Generalgouverneurs Roland Michener auf der Grundlage des *War Measures Act: Regulations to provide emergency powers for the preservation of public order in Canada* (*Public Order Regulations*, 1970), 16. Okt. 1970. Dokumentensammlung der Kanadischen Botschaft, Bonn, zur Oktober-Krise 1970.



eines inneren Notstands das Kriegsrecht herangezogen werden mußte. Demgemäß hat sich die Regierung Trudeau beeilt, ein Notstandsgesetz vorzulegen, dessen parlamentarische Beratung mit der Zustimmung von seiten fast aller Unterhausabgeordneten Anfang Dezember 1970 abgeschlossen wurde. Dieses Gesetz ist nur bis zum 30. April 1971 befristet und bedarf bei Verlängerung oder gar Neufassung eines neuen Parlamentsbeschlusses. Nach Maßgabe dieses Gesetzes muß gegen jede inhaftierte Person spätestens innerhalb von sieben Tagen Anklage erhoben werden, wobei es dem öffentlichen Kläger obliegt, die Schuld des Beklagten festzustellen, und nicht umgekehrt dem Beklagten, seine Unschuld zu beweisen. Nach angelsächsischer Rechtsauffassung liegt die Beweispflicht beim Kläger.

Nachdem sich die verschiedenen Regierungsinstanzen auf Bundes-, Provinz- und kommunaler Ebene in der schweren Krise vom Herbst 1970 durchgesetzt, den *Front de Libération du Québec* aufgelöst, die Mörder von Pierre Laporte gefaßt und unter Anklage gestellt haben, liegt die Vermutung nahe, daß die kanadische Einheit damit bereits ihre Zerreißprobe bestanden hat. Doch dies ist mehr in einem machtpolitischen Sinne geschehen und nicht in einer von allen Bürgern bekundeten Bejahung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Kanadas.

Gewiß, die Regierung fand im Oktober 1970 bei ihren energischen Maßnahmen eine breite Zustimmung in der kanadischen Bevölkerung, auch in der Provinz Quebec. Denn mit den terroristischen Praktiken und der maoistisch-anarchistischen Ideologie des F.L.Q. wollten auch diejenigen Frankokanadier, die ein autonomes Quebec wünschen und parteipolitisch dem *Parti Québécois* nahestehen, nicht identifiziert werden. Diese Frankokanadier sind zumeist kleinbürgerliche oder bäuerliche Nationalisten, deren Abneigung gegen das englisch geprägte Kanada aus der Wertschätzung ihrer französischen Kultur, aus einem konservativen Katholizismus und nicht zuletzt aus dem Gefühl der sozialen Ungleichheit zwischen

dem englisch- und dem französischsprachigen Kanada resultiert. Nach der Ermordung von Pierre Laporte beeilte sich René Lévesque, der Chef der Quebecpartei, darüber öffentlich seiner Abscheu Ausdruck zu geben und einen deutlichen Trennungsstrich zwischen seiner Partei und den Terroristen, die er als ganz kleine, isolierte Gruppe sieht, zu ziehen.

Augenscheinlich hat sich sehr schnell die von Premierminister Trudeau am Abend des 16. Oktober 1970, also gleich nach Ausbruch der Krise, getroffene Voraussage bestätigt, daß nicht die Spaltung Kanadas die Folge der Gewaltakte seien, sondern umgekehrt die kanadische Gesellschaft in sich geschlossener, das Land gefestigter sein werde<sup>82)</sup>.

In einem ähnlichen Sinne hat sich Professor Gilles Lalande, Montreal, ein Parteifreund von Premierminister Robert Bourassa, Ende November 1970 in einer Artikelserie geäußert. Sie beginnt mit der Feststellung, die separatistische Welle habe sich mit den Terrorakten diskreditiert und selber zugrunde gerichtet<sup>83)</sup>.

Daraus ergibt sich für Lalande die Schlußfolgerung, aus der Oktoberkrise gehe der kanadische Föderalismus gestärkt hervor. Es habe sich gezeigt, wie das Zusammenwirken der provinziellen und bundesstaatlichen Regierungsebenen die Interessen der Einzelstaaten und des Gesamtstaates gewahrt und dem einzelnen schutzbedürftigen Bürger in der schweren Krise Sicherheit gewährt habe. Der Föderalismus — so meint Gilles Lalande in kriti-

<sup>82)</sup> Rundfunk- und Fernsehansprache von Ministerpräsident Trudeau, 16. Okt. 1970, ebenda: „I am confident that those persons who unleashed this tragic sequence of events with the aim of destroying our society and dividing our country will find that the opposite will occur. The result of their acts will be a stronger society in a unified country. Those who would have divided us will have united us.“

<sup>83)</sup> Gilles Lalande, in *Le Devoir*, Montreal, 20. Nov. 1970: „La vague séparatiste qui déferlait sur le Québec depuis bientôt dix ans vient de mourir. Elle s'est brisée peut-on dire sur les récents excès du F.L.Q. ou Front de Libération du Québec. Telle est la principale conclusion qui, à mon sens, se dégage sur le plan politique de la crise d'octobre '70.“



scher Distanz zu der von René Lévesque vortragenen Skepsis — sichere die Zukunft des Frankokanadiertums<sup>34)</sup>.

Man mag sich aber fragen, ob nicht Gilles Lalonde die Entwicklung in Kanada und speziell in der Provinz Quebec zu optimistisch beurteilt. Schließlich ist auch zu fragen, ob nicht die einhellige Verurteilung der Terrorakte in der gesamten anglo- und frankokanadischen Öffentlichkeit mit dem Schock, den eben diese Gewaltakte ausgelöst haben, zu erklären ist. Auch Gilles Lalonde kann nicht übersehen, daß der umfassende Einsatz kanadischer Truppen in der Provinz Quebec mit einer „militärischen Besetzung“ verglichen worden ist und daß René Lévesque das Ausmaß der Bundesentscheidungen zur Überwindung des Notstandes in Quebec scharf verurteilt hat<sup>35)</sup>.

Es wäre wohl zu optimistisch, wollte man glauben, die kanadische Konföderation habe allein schon mit der Überwindung der Herbstkrise von 1970 die Bewährungsprobe bestanden. Hierzu ist mehr erforderlich, vor allem der Nachweis, daß es sinnvoll und notwendig ist, die Einheit Kanadas zu wahren und zu festigen. Es fehlt nicht an entscheidenden Argu-

---

<sup>34)</sup> Ebenda, 21. Nov. 1970: „Le fait est que la population de cette province a pu ressentir à l'occasion de cette crise, de la façon la plus concrète qui soit, ce que constitue en pratique le fédéralisme... Les faits eux-mêmes se sont chargés de révéler aux Québécois la vertu essentielle de tout fédéralisme authentique, à savoir la garantie que donne l'existence de deux niveaux de gouvernement... Cela signifie tout simplement que le citoyen ordinaire du Québec n'a pas pu rester insensible à la sécurité que lui ont assurée en ces moments difficiles les moyens concertés de deux ordres de gouvernement qui se sont portés à la défense d'intérêts communs.“

<sup>35)</sup> Ebenda, 21. Nov. 1970: „Peu importe à l'immense majorité des citoyens du Québec qu'on prétende en certains milieux que le déploiement des forces armées canadiennes au Québec (et à Ottawa) ait pris l'allure d'une occupation militaire, si cette population s'est sentie effectivement protégée par les mesures auxquelles les gouvernements ont eu recours. Et peu lui importe qu'on lui parle, comme René Lévesque l'a fait le 16 octobre dernier au plus vif de la crise, des conditions dictées par le gouvernement d'Ottawa et transmises par celui de Québec, si cette population a le sentiment que ces conditions étaient les plus appropriées dans les circonstances.“

menten für diese Einheit! Drei Gründe mögen besonders herausgestellt werden:

1. *Die geographische Lage und die damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Bindungen.* — Der St. Lorenz-Seeschiffahrtsweg verbindet die maritimen Provinzen, Quebec und Ontario, zu einer geographischen und ökonomischen Einheit. Wollte sich Quebec tatsächlich von seinen anglokanadischen Nachbarprovinzen im Westen und im Osten lösen, würde es schwere wirtschaftliche Einbußen erleiden. Die nur politische Sezession bei gleichzeitigem Fortbestehen der wirtschaftlichen Einheit würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so viele Gegensätze, Trennungslinien, Feindschaften, ja möglicherweise sogar eine bürgerkriegsähnliche Situation heraufbeschwören, daß darüber auch die Wirtschaftseinheit zerbräche. Überdies kommen in der Nutzung der natürlichen Reichtümer an Öl, Erdgas, Edelmetallen u. a. m. in den weiten arktischen Gebieten Aufgaben auf Kanada zu, die es nur erfüllen kann, wenn seine zehn Provinzen eine Einheit bilden.

2. *Die Nachbarschaft zu den USA.* — Kanada lebt — wie es am deutlichsten am Kapitalmarkt erkennbar ist — im Sog seines mächtigen Nachbarn im Süden. Ein geteiltes Kanada könnte sich diesem Sog wahrscheinlich nicht widersetzen. Will Kanada seinen eigenen „europäischen“ Charakter, der sich vom amerikanischen „Schmelztiegel“, von den Rassen- und von dem amerikanischen Republikanismus unterscheidet, bewahren, so muß es auf seinen staatlichen Zusammenhalt bedacht sein und auch die Bindungen an die britische Krone und das Commonwealth aufrechterhalten.

3. *Das Gewicht der geschichtlichen Tradition, durch die bis in die persönlichsten Lebensbezirke hinreichende Bindungen geschaffen wurden.* — Die Teilung des Staates wäre zugleich auch die Teilung einer geschichtlich gewachsenen Einheit des Volkes. Am ärgsten betroffen wären Hunderttausende Frankokanadier außerhalb der Provinz Quebec und



Hunderttausende Anglokanadier in der Provinz Quebec; sie würden als Minderheiten den bisherigen Rückhalt an ihrer jeweiligen *groupe majoritaire* weitgehend verlieren. Im Unterschied zur „separatistischen Ideologie“, die bloße Theorie ist, kann der kanadische Föderalismus für sich in Anspruch nehmen, sich trotz mancher Schwächen geschichtlich bewährt zu haben, um das Verhältnis von Franko- und Anglokanadiern in eine sinnvolle Ordnung zu bringen. Diese Feststellung, die einer überzeugenden Aussage von Gilles Lalonde folgt<sup>36)</sup>, bedeutet nicht, daß unbedingt an allen bestehenden Formen festgehalten werden muß. Nur hat die Anpassung an neue Aufgaben und ein Bemühen um mehr soziale Gerechtigkeit nicht revolutionär, sondern evolutionär — in Fortführung des bisherigen geschichtlichen Weges — zu erfolgen.

Die kanadische Konföderation kann demnach ihre Bewährungsprobe nur bestehen, wenn ein dreifaches durchgreifendes Reformwerk bewerkstelligt wird, und zwar im sozialen, konstitutionellen und nationalen Bereich. Das ist im einzelnen zu begründen:

### Das soziale Reformwerk

Zwischen der Provinz Quebec und dem übrigen Kanada gibt es ein soziales Gefälle, das nur durch erhöhte Investitionen ausgeglichen werden kann. Die Arbeitslosenquote liegt in Quebec um 3 % über dem Bundesdurchschnitt (nämlich bei 8—9 %), nicht zuletzt auch als Folge der separatistischen Agitation. Denn diese hat viele in- und ausländische Kapitalgeber von Investitionen abgehalten. Andererseits leistet die hohe Arbeitslosenquote und das — im Vergleich zum Bundesdurchschnitt — niedrigere Bruttosozialprodukt dem Separatismus Vorschub. So gesehen, lebt Quebec in einem „Teufelskreis“ (Gerd Ruge). Die nationalistische Propaganda schadet der Wirtschaft;

<sup>36)</sup> Ebenda, 21. Nov. 1970: „Le premier mérite du fédéralisme au Canada est d'exister et par conséquent d'englober toute la réalité québécoise. Ce n'est pas une idéologie comme le séparatisme ou une vue d'esprit comme la thèse souveraineté-association.“

deren Schwächung wiederum gibt dem Nationalismus Auftrieb. Um diesen „Teufelskreis“ zu durchbrechen, will der Ministerpräsident von Quebec, Robert Bourassa, in diesem Jahre 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dieser junge, dynamische liberale Politiker, der sich als Professor für Jurisprudenz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einen Namen gemacht hat, mag befähigt sein, sein Versprechen einzulösen<sup>37)</sup>.

Bourassa hat als Weg den „wirtschaftlichen Föderalismus“ vor Augen. Durch Schaffung eines verbesserten Finanzausgleiches unter den zehn kanadischen Provinzen und mit Hilfe eines aus Bundessteuern zu speisenden Konjunkturfonds soll die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß mehr kanadische Dollar für Investitionszwecke nach Quebec fließen. In der gleichmäßigen Nutzung, Mehrung und Verteilung der Reichtümer Kanadas sieht Bourassa den hauptsächlichsten Sinn für den staatlichen Zusammenschluß der zehn Provinzen zu einer engen Konföderation. Der politische Föderalismus muß also zugleich auch ein „wirtschaftlicher“ bzw. „gewinnbringender“ Föderalismus sein, der ein gleichmäßiges wirtschaftliches Wachstum und einen gleichmäßigen Ertrag für den einzelnen Bürger — unabhängig von der jeweiligen Steuerkraft der einzelnen Provinz — sicherstellt. Die kanadische Selbsthilfe muß der ausländischen Kapitalhilfe vorausgehen. Daß Bourassa natürlich um ausländische Investitionen, auch gerade aus der Bundesrepublik, bemüht ist, beweist seine Europareise im Frühjahr dieses Jahres, die die Reise des Bundesministers für Industrie und Handel, Jean-Luc Pepin, in die

<sup>37)</sup> Bourassa hat in einer Denkschrift (auszugsweise veröffentlicht in *Le Devoir*, 8. 6. 1970) die wirtschaftliche Situation Quebecs so beschrieben: „La relance de l'économie québécoise est une priorité fondamentale du gouvernement actuel. Et on comprendra facilement pourquoi. A l'heure actuelle, le taux de chômage au Québec s'établit aux environs de 8,5 % de la main-d'oeuvre; au-delà de 40 % des chômeurs au Canada sont concentrés au Québec. Mais ce n'est pas tout: par rapport à l'ensemble du Canada, notre taux comparatif d'investissement s'établit présentement autour de 20 %. Or, le Québec comprend 28,5 % de toute la population du pays.“



Bundesrepublik im April dieses Jahres ergänzt<sup>38)</sup>. Wenn zu den Investitionen andere wirtschaftliche Maßnahmen — wie Rationalisierung und moderne Wirtschaftsführung — hinzukommen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Mehr Arbeitsplätze und größere soziale Gerechtigkeit nach innen und im Verhältnis der Provinzen zueinander, so ist Bourassas feste Hoffnung, werden ganz wesentlich zur inneren Befriedung Quebecs beitragen.

### Die konstitutionelle Reform

Gegenüber den Tendenzen der Abkapselung und der Sezession muß sich der föderative Staatsgedanke durchsetzen. In Ottawa finden seit einigen Jahren regelmäßig Verfassungskonferenzen statt, die von der Bundesregierung in Ottawa und von den Provinzregierungen beschieden werden.

Bei diesen Beratungen geht es unter anderem darum, den vorliegenden Grundgesetzen der Britischen Nordamerika-Akte eine Revisionsklausel hinzuzufügen, die mit Zustimmung des Britischen Parlaments das Recht der Verfassungsänderung ausschließlich den gesetzgebenden Körperschaften Kanadas zuweist. Diese einzige konstitutionelle Bindung an das britische Parlament, die gegenwärtig in der Frage der Verfassungsänderung noch besteht, ist nicht deshalb schwer zu lösen, weil etwa britischerseits daran festgehalten wird. Vielmehr bereitet es bei den bisher in Kanada ausgearbeiteten Vorschlägen Schwierigkeiten, eine Formel zu finden, die — ohne einer Provinz Sonderrechte zuzubilligen — eine Majori-

sierung der frankokanadischen Bevölkerung durch die Anglokanaadier verhindert<sup>39)</sup>.

Unbeschadet dieser rechtlichen Revisionsprobleme wird ausgiebig über eine Neugestaltung des Verhältnisses von Bund und Provinzen beraten, wobei Fragen der angemessenen Steuerverteilung einen breiten Raum einnehmen.

Ein Ende dieser Beratungen ist nicht abzusehen, und es ist nicht einmal möglich zu sagen, ob den vorliegenden Verfassungsgesetzen, insbesondere den *British North America Acts*, eine modifizierende Akte hinzugefügt wird, ob einer neugeschriebenen kodifizierten Gesamtverfassung der Vorzug gegeben werden soll und ob für die Provinz Quebec ein Sonderstatut zu verlangen ist. Erkennbar ist aber, daß die Reformvorstellungen auf eine Neubelebung des föderativen Staatsgedankens hinauslaufen, auf dessen Grundlage sich allein — so Premierminister Bourassa — die frankokanadische Wirtschaft und Kultur entfalten können<sup>40)</sup>.

Das Wesen des Föderalismus liegt bekanntlich in der Aufteilung der Kompetenzen zwischen einzelstaatlichen Regierungen und der Gesamtregierung, die zur Kooperation verpflichtet sind. Dadurch trägt der Föderalismus der regionalen Vielfalt eines Landes und zugleich seiner staatlichen Einheit Rechnung. Er gibt der Bevölkerung eines Landes Gelegenheit, im Sinne des Selbstverwaltungsgedankens unmittelbar am öffentlichen Geschehen und an der Wahl seiner leitenden Männer Anteil zu nehmen. Ferner stützt der Föderalismus die politische Freiheit, weil die Hauptgewalten im Staate, die exekutive, die legislative und die jurisdiktionelle Gewalt, nicht nur in der Vertikalen, sondern auch in der Horizontalen geteilt sind.

<sup>38)</sup> Während Ministerpräsident R. Bourassa am 15. April 1971 bei einem inoffiziellen Besuch in der Bundesrepublik mit deutschen Wirtschaftsführern in Düsseldorf Verhandlungen geführt hat, ist beim offiziellen Besuch von Industrie- und Handelsminister J. L. Pepin am 16. April 1971 ein auf zunächst 5 Jahre befristetes Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Kanada über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit abgeschlossen worden. Vgl. die offizielle Mitteilung im Bulletin der Bundesregierung Nr. 59 (20. 4. 1971), S. 620. Vgl. ebenda Nr. 61 (23. 4. 1971), S. 631 den Bericht „Erweiterte Zusammenarbeit mit Kanada“; er unterrichtet über die Gespräche, die der kanadische Minister Pepin mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Leussink und dem Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Schiller geführt hat.

<sup>39)</sup> Über die rechtlichen Probleme der Verfassungsreform unterrichtet u. a.: Guy Favreau, *Modification de la Constitution du Canada*, Ottawa 1965.  
<sup>40)</sup> Bourassa in seiner Regierungserklärung vom Juni 1970, in *Le Devoir*, 10. 6. 1970: „Il est dans le double intérêt du Québec et du Canada que notre personnalité culturelle trouve son plus large épanouissement à l'intérieur de l'ensemble fédéral.“ (Auszüge in *Le Devoir*, 24. 2. 1971).



Bei der konstitutionellen Reform in Kanada geht es eigentlich gar nicht in erster Linie um diese oder jene textliche Änderung der Verfassungsgesetze, sondern vielmehr darum, die Werte des Föderalismus — sie sind in der Zusammengehörigkeit von Freiheit und Föderalismus, von Einheit und Vielfalt (anstelle von Uniformität und einseitigem staatlichen Dirigismus) gegeben sind — deutlich zu machen.

Genau das geschieht unter der jetzigen Provinzregierung von Quebec. Der enge Mitarbeiter und Parteifreund des Ministerpräsidenten von Quebec, Gilles Lalonde, weist darauf hin, wie anspruchsvoll die föderative Regierungsform ist, weil sie ständig auf der Suche nach tragbaren Kompromissen ist. Andererseits aber ist der Föderalismus seinem Wesen nach befähigt, die praktischen Probleme im Wirtschafts- und Sozialbereich in Angriff zu nehmen, hat er doch demokratisch legitimierte und miteinander kooperierende Instanzen auf verschiedenen Ebenen zur Verfügung <sup>41)</sup>.

### Die nationale Reform

Bei Fortbestand der Nationalitäten, und zwar der englisch- und der französischsprachigen Kulturnation, muß der Prozeß der übergrei-

<sup>41)</sup> Gilles Lalonde, am 21. Nov. 1970 in *Le Devoir*: „Le fédéralisme n'est donc pas une panacée. C'est peut-être même la plus exigeante des formes de gouvernement. Or n'est-ce pas là ce qui fait peur à plusieurs membres de l'élite canadienne-française du Québec? Leur aversion pour le fédéralisme, est-on porté à se demander, ne tient-elle pas à ce qu'il s'efforce de susciter le compromis comme l'instrument habituel de gouvernement? On comprendrait alors qu'il soit rejeté par ceux qui se sentent incapables de réconcilier les principes de l'autonomie et de la solidarité... Le fédéralisme ou l'esprit fédéraliste, puisque c'est bien ce dont il s'agit, est ouvert par définition. Rien ne le rébute dans les limites que lui trace le bon sens. Le fédéralisme, est-il besoin de le souligner encore avec force, n'élimine aucune remise en question. Que ce soit le statut politique et constitutionnel du Québec, que ce soit la philosophie du système socio-économique qui nous régit, que ce soit à la limite le fédéralisme lui-même, tout peut être discuté loyalement et renégocié dans le cadre du fédéralisme. Et par surcroît, le fédéralisme par sa technique administrative elle-même permet de créer les institutions adéquates correspondant à tous les problèmes qui se posent dans une société.“

fenden politischen Nationbildung im Sinne eines gesamtkanadischen Bewußtseins ermöglicht bzw. gestärkt werden.

Das eigenstaatliche Bewußtsein war anfänglich in den einzelnen anglokanadischen Provinzen so stark, daß etwa die kleine Prinz-Eduard-Insel, die nur reichlich doppelt so groß ist wie das Saarland, erst nach Jahren der Konföderation beitrug, obwohl seinerzeit in ihrer Hauptstadt die entscheidenden Verfassungsberatungen stattgefunden hatten. Die Gleichartigkeit der Sprache, Kultur, Religion, Lebensauffassung und die heute wesentlich erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten (vor allem durch das Flugzeug, das in Kanada ein wesentlicher Verkehrsträger ist) haben die „anglokanadische Nation“ entstehen lassen. Das führte dazu, daß die Anglokanadier nicht in „provinziellen Kategorien“ denken und weit mehr als die Frankokanadier bereit sind, einzelstaatliche Entscheidungen den Bundesorganen in Ottawa zu übertragen, zumal in ihnen — rein zahlenmäßig — das anglokanadische Element bei weitem überwiegt <sup>42)</sup>.

Demgegenüber verstehen sich die Frankokanadier auch als eine Nation, und sie möchten aus der Provinz Quebec ihren „nationalen Staat“ machen, wie Daniel Johnson gesagt hat. Die von ihm ausgegebenen Parolen „*faire du Québec un Etat national*“, „*aspirer à la souveraineté*“ („Gestalten wir Quebec um zu einem nationalen Staat“, „Streben wir doch zur Souveränität!“) können aber eine große Sprengkraft besitzen, wenn es nicht gelingt, diese Vorstellungen klar gegenüber dem Separatismus abzugrenzen und einer übergreifenden politischen Nationbildung — bei Fortbestand der beiden Kulturnationen — Raum zu geben.

Dafür setzt sich — wie seine Amtsvorgänger — der heutige Ministerpräsident Bourassa mit Nachdruck ein; doch er nennt einleuchtende Voraussetzungen, die dafür erfüllt sein müssen: die absolute Gleichstellung der franzö-

<sup>42)</sup> Vgl. Daniel Johnson, *Egalité ou Indépendance*, a. a. O., S. 52.



sischen Sprache mit der englischen in den Bundesorganen (Regierung, Parlament, Oberste Gerichtshöfe, Streitkräfte u. a. m.) und die Vorrangigkeit der französischen Sprache in der Provinz Quebec. Seitdem Ministerpräsident Lester B. Pearson 1963 die Kgl. Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse der beiden Sprachen und Kulturen eingesetzt hat, sind große Anstrengungen gemacht worden, in allen Bundesorganen auch die französische Sprache zur Geltung zu bringen. So hat heute die Bundeshauptstadt Ottawa auch nach außen hin mehr den Charakter einer zweisprachigen Stadt, als es noch Anfang der sechziger Jahre der Fall war. Der Nachfolger von Pearson, der liberale Ministerpräsident Pierre Trudeau, verkörpert in seiner Person vorzüglich den angestrebten *bilinguisme* und *biculturalisme*, und er gibt wie viele Kanadier, die sich zur geistigen und politischen Elite des Landes rechnen, damit ein Vorbild ab. Heute dürften sehr viel mehr als nur 4 % der Anglikanier die französische Sprache sprechen, wie es die letzte Erhebung von 1961 erwiesen hat<sup>43)</sup>.

Um die führende Stellung der französischen Sprache in der Provinz Quebec sicherzustellen, muß sie auch zur herrschenden Sprache in der Arbeitswelt werden. Die Tatsache, daß das Kapital überwiegend in amerikanischer oder anglikanischer Hand ist, hat dazu geführt, daß in den Betrieben Quebecs die leitenden Stellungen oft von Anglikanern besetzt sind und daß diese generell auf das Englische als Betriebssprache Wert legen. Diesen Tatbestand hält Bourassa — in Übereinstimmung mit wohl allen Frankokanadiern — für untragbar<sup>44)</sup>. Wie durchgreifende Änderungen herbeigeführt werden können, hat Bourassa am

<sup>43)</sup> Canada 1970, Handbuch der kanadischen Bundesregierung, Ottawa 1969, S. 105.

<sup>44)</sup> Bourassa am 9. 6. 1970 in einer Regierungserklärung: „Il est inadmissible que dans un Québec dont la population est en majorité francophone, il soit trop souvent impossible d'utiliser le français comme langue de travail. Cette situation doit cesser.“ Vgl. Le Devoir, 10. 6. 1970.

29. Juni 1970 in Montreal den Wirtschaftsführern der Provinz im einzelnen erläutert und dabei zur Eile gedrängt<sup>45)</sup>.

Obwohl die kanadische Konföderation schon über hundert Jahre alt ist, steht der Prozeß der übergreifenden Staats- und Nationbildung noch an seinem Anfang. Wird dieser Prozeß mit Erfolg weitergeführt werden können? Es gibt Anzeichen, die bedenklich stimmen und am Erfolg aller Reformanstrengungen — im sozialen, konstitutionellen und nationalen Bereich — zweifeln lassen können<sup>46)</sup>.

Gerade in den geistig führenden Schichten Quebecs — so in den Universitätskreisen — gibt es Frankokanadier, die an eine grundlegende Verfassungsreform und an die Herstellung einer *equal partnership* unter allen Kanadiern nicht oder nicht mehr glauben, so etwa Jacques-Yvan Morin, Professor für Jurisprudenz und politische Wissenschaften an der Universität Montreal. Er befürwortet heute den „demokratischen und geordneten Weg“ zur Unabhängigkeit, während er noch vor einigen Jahren für ein Sonderstatut Quebecs als angemessener Form des „institutionalisierten Dualismus“ eintrat; letzteres hieß seinerzeit: nach einem „Jahrhundert der Illusionen“ sollte eine tatsächliche, von zwei Nationen getragene lose Konföderation geschaffen

<sup>45)</sup> Bourassa: „Je vous presse d'agir avec le plus de rapidité possible, car la situation est urgente. Il nous faut donner la preuve, au cours des prochaines années, que le Québécois francophone est capable, sans briser les liens qui l'unissent au Canada, de travailler, de vivre et de réussir dans sa propre langue.“ Ebenda, 30. 6. 1970.

<sup>46)</sup> Von einem tiefen Pessimismus ist beispielsweise das Buch von Jacques Cotnam, *Faut-il inventer un nouveau Canada?*, Toronto 1966, getragen; am Ende (S. 247, 248) sagt der Autor: „Ce dont nous sommes certain, c'est que la situation d'infériorité dans laquelle vivent présentement les Canadiens français doit cesser. ... après avoir dressé ce triste bilan de la vie canadienne, nous cachons difficilement notre pessimisme quant à l'avenir du Canada, pays bilingue et biculturel.“ Als ultima ratio gibt es nach Cotnams Auffassung nur die völlige Unabhängigkeit Quebecs.



werden<sup>47)</sup>. Doch heute glaubt Morin nicht mehr an diese Möglichkeit, ebensowenig wie sein Kollege, der Historiker Maurice Séguin.

Séguin stellt die Geschichtswissenschaft in den Dienst ganz einfacher, aber letztlich unbewiesener Thesen: Das zahlenmäßig schwächere Volk sei in einer Föderation immer ein „annektiertes“ Volk. Die „anglo-amerikanische Eroberung“ um 1760 sei als „furchtbarste Katastrophe“ über das französische Kanada hereingebrochen. Die Unabhängigkeitsbewegung der Gegenwart gehe von der „geschichtlichen Realität“ des vor 1760 gegebenen „Separatismus“ aus, der verstanden wird als das Alleinsein der Frankokanadier in ihrem Lebensraum. Aufgrund der britischen Eroberung seien sie der Möglichkeit beraubt worden, einen echten „französischen Staat“ in Nordamerika zu bilden. Die Selbstverwaltung Quebecs in der Konföderation von 1867 sei eine zeitbedingte „Zwischenlösung“, um mit Hilfe der britischen Krone dem Übergriff der USA zu entgehen. Aber die Rückkehr des französischen Kanada zum *Etat séparé* bleibe die geschichtliche Aufgabe<sup>48)</sup>.

Hier fließen in die Betrachtung des geschichtlichen Weges Kanadas seit dem 18. Jahrhundert so viele Emotionen und Aversionen ein, daß eine rationale Auseinandersetzung mit der Schrift, wie sie Professor Gilles Lalande ver-

sucht hat, den Autor selbst wohl niemals von seinen Vorstellungen abbringen wird. Aber gewiß trägt Lalande dazu bei, die Wirkung einer solchen Schrift zu mindern<sup>49)</sup>.

In dieser kritischen Auseinandersetzung, die viel Beifall gefunden hat,<sup>50)</sup> liegt ein hoffnungsvolles Zeichen. Dieses Zeichen kann wie auch manches andere den Glauben an die Zukunft der kanadischen Konföderation, nämlich an das partnerschaftliche Zusammenleben zweier Kulturnationen in einem staatlichen Gemeinwesen, stärken.

Schließlich ist auch das folgende nicht zu übersehen: Sowohl die Untersuchungsergebnisse der Kgl. Kommission als auch die von nur wenigen Terroristen herbeigeführte Staatskrise im Herbst 1970 haben viele Kanadier wachgerüttelt. Der Säkularisierungsprozeß, der bei den Franko- und bei den Anglikanadiern gleichermaßen zu beobachten ist und gewiß seine bedauerlichen Seiten hat, vermindert andererseits den starken Einfluß des konservativen katholischen Klerikalismus bzw. des protestantischen Puritanertums auf das öffentliche Leben — und auch aus diesem Grunde ist es denkbar, daß sich die anglokanadische und die frankokanadische Gesellschaft einander stärker angleichen, als das bisher geschehen konnte. Wenn die Doppelsprachigkeit des Landes die Chancengleichheit im gesamten beruflichen Leben ermöglicht und wenn eine wechselseitige Überfremdung kultureller oder weltanschaulicher Art nicht mehr befürchtet wird, kann endlich die fruchtbare Begegnung von Anglo- und Frankokanadiertum stattfinden.

Noch steht die kanadische Konföderation in der Bewährungsprobe. Diese kann erst als bestanden gelten, wenn die Gründe, die für die

<sup>47)</sup> Jacques-Yvan Morin am 19. 2. 1966 in *Le Devoir*, Montreal: „Le problème aujourd'hui est de définir un nouvel équilibre entre les deux peuples. ... Le 'biculturalisme' n'a plus aucune espèce de réalité sans le dualisme politique. ... Le véritable problème consiste à définir un dualisme institutionnel qui soit efficace ... Pour l'avenir prévisible, la forme de dualisme la plus propre me paraît être le statut particulier ...“ Derselbe am 21. 9. 1970 ebenda in einem offenen Brief an Ministerpräsident Bourassa: „Pour ma part, j'estime qu'une véritable révision de la constitution canadienne est devenue impossible, étant donné les tendances profondément divergentes qui animent le Québec et le Canada anglais. ... Etant partisan d'une accession démocratique et ordonnée à l'indépendance, j'estime qu'il convient que vous évitiez de lier les mains du Québec plus qu'elles ne le sont déjà.“

<sup>48)</sup> Maurice Séguin, *L'Idée d'Indépendance au Québec — Genèse et Historique*, Trois-Rivières 1968.

<sup>49)</sup> Gilles Lalande am 21. November in *Le Devoir*: „On ose à peine croire que des gens intelligents tiennent en 1970 de tels propos (gemeint sind die Ausführungen von Séguin) sur la place publique alors qu'ils savent pertinemment que le fédéralisme est le seul choix qui s'offre pour assurer, selon la raison, le progrès des Canadiens français.“

<sup>50)</sup> Zitiert aus: *Kanada-Post*, hrsg. von der Deutsch-Kanadischen Gesellschaft, Hannover, September 1968, S. 2.



staatliche Einheit Kanadas sprechen, wenn die soziale Disparität im Lande überwunden ist, der Föderalismus die innerstaatliche Kooperation garantiert und der Prozeß der übergreifenden Nationsbildung gelingt. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, eröffnen sich dem in sich gefestigten Kanada große politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Möglichkeiten; wie kaum ein anderer Staat dieser Erde ist Kanada „ein Land der Zukunft“. Wenn Kanada als *ein Land und als eine* politische Nation, die die beiden Kulturnationen umschließt, seine Kräfte zu entfalten und sein großes internationales Ansehen zur Geltung zu bringen vermag, dann kann es nach Ansicht des Geschichtsprofessors Ballantyne aus

Montreal<sup>51)</sup> für alle, die sich um die politische Einigung Europas bemühen, ein Vorbild abgeben. Seine Schlußfolgerung verdient deshalb auch unsere volle Zustimmung: „Il faut le Canada.“

---

<sup>51)</sup> Vortrag von Murray Ballantyne, *Un pays — deux cultures*, im Sammelband *Le Canada au seuil du siècle de l'abondance. Entretiens de Cerisy-la-Salle 1968, Montreal 1969*, S. 218: „Les deux langues et les deux cultures du Canada ne doivent pas s'assimiler. Notre vocation est le mariage plutôt que l'assimilation. Nous devons rechercher l'union plutôt que l'unité. . . . Quelle leçon exaltante le Canada donnerait à notre déchiré par les guerres, s'il manifestait l'harmonie et la coopération de deux peuples. S'il nous est impossible de le faire au milieu des grandeurs, des espaces et des richesses de notre Nouveau Monde, quel espoir y aurait-il alors de voir jamais se réunir les morceaux complexes de cette vaste mosaïque qu'est l'Europe? Il faut le Canada.“